

den Wirtschaft gebührt der Vorrang in der Auszeichnung mit dem Nationalpreis unseren Wissenschaftlern und Technikern, denen durch den Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft und Kultur besonders große Aufgaben gestellt sind. Ihre Leistungen werden die Aufwärtsentwicklung unserer Volkswirtschaft gewaltig beschleunigen und außerordentlich viel zur Verbesserung der Lebenslage unserer Bevölkerung beitragen. Darum hat die Wissenschaft und Forschung für alle Zweige der Industrie und Landwirtschaft, des Verkehrs und der Volksgesundheit wichtige Aufgaben zu lösen. Die große Zahl der in der Gruppe Wissenschaft und Technik für den Deutschen Nationalpreis vorgeschlagenen Persönlichkeiten zeigt, daß unsere Wissenschaftler und Forscher, Techniker und Ingenieure, Meister und Arbeiter in der Lösung der vielseitigen Aufgaben des Fünfjahrplans erfolgreich voranschreiten. Möge die heutige Verleihung der Nationalpreise für alle unsere Wissenschaftler und Forscher, für unsere gesamte technische Intelligenz ein Ansporn sein, mit noch größerer Hingabe und Ausdauer an die Lösung der noch vor uns stehenden Aufgaben heranzugehen. Der Deutsche Nationalpreis gebührt denen, die unserem Volk durch ihr Forschen und ihre Arbeit neue, große Werte schaffen. Er gebührt denen, die durch wissenschaftliche Forschung und angestrengte friedliche Arbeit dem deutschen Namen in der Welt wieder einen ehrenvollen Klang erwerben. Er gebührt denen, die die großen Werke der deutschen Kultur aus der Zerstörung des letzten Krieges gerettet haben und für ihre Erhaltung und Neugestaltung Sorge tragen. Diesen Würdigsten unserer Nation wird durch den Nationalpreis der Dank und die Anerkennung des deutschen Volkes zuteil. Sie sind Helden des friedlichen Deutschlands und Vorbilder unserer vorwärtsstrebenden Jugend.

Die Verleihung des Deutschen Nationalpreises 1951 erfolgt in einer für die deutsche Nation überaus ernsten Situation. Wir haben den Nationalpreis für hervorragende Leistungen schaffender Menschen aus ganz Deutschland begründet. Die Zerreißung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte, der würgende Druck, der auf allen friedliebenden Menschen Westdeutschlands lastet, verhindert uns heute, jene westdeutschen Wissenschaftler, Techniker und Künstler, die Hervorragendes für

unser Volk und die Menschheit geschaffen haben, durch die Verleihung des Nationalpreises zu würdigen. Aber nicht allein das ist es, was alle deutschen Menschen, vor allem aber alle Wissenschaftler und Künstler sowie die gesamte technische Intelligenz, aufs höchste beunruhigen muß.

Die Zerreißung Deutschlands, die Abschließung des Westens gegen den Osten unseres Vaterlandes erfolgte zum Zwecke der Vorbereitung eines neuen Krieges, der militärischen und industriellen Aufrüstung. Die Vereinbarungen, die von den Außenministern der westlichen imperialistischen Mächte im September dieses Jahres auf der Washingtoner Konferenz über Deutschland getroffen wurden, lassen daran keinen Zweifel mehr. Ihr hauptsächlichster Sinn und Inhalt läßt sich folgendermaßen zusammenfassen:

1. Westdeutschland bleibt von Truppen der imperialistischen Mächte besetzt, ja, diese Invasionstruppen werden noch beträchtlich verstärkt und machen ganz Westdeutschland zum Manöverfeld und Aufmarschgebiet;

2. für eine sogenannte Europa-Armee sind deutsche Truppenkontingente zu stellen und werden unter amerikanischem Befehl für einen neuen Krieg gedrillt;

3. die gesamte westdeutsche Industrie wird in den Dienst der wehrwirtschaftlichen Vorbereitung eines neuen Krieges gestellt;

4. zur Sicherung dieser Kriegspolitik behalten sich die imperialistischen Westmächte die Entscheidung über alle Fragen vor, die die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands betreffen.

Unter diesen Bedingungen wird auch die Arbeit der westdeutschen Wissenschaftler und Forscher, Techniker und Ingenieure in den Dienst der Rüstung und Kriegsvorbereitungen gestellt. Wiederum sollen die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik zur Zerstörung des Lebens, zur Ausrottung der Menschheit mißbraucht werden. In den Meinungsfabriken der USA versucht man, durch immer neue Meldungen über Atomwaffen und Wunderwaffen aller Art einen wahren Taumel der Zerstörung und Vernichtung zu erzeugen. Hier tut sich ein grundlegender Gegensatz auf. Wir ehren die Menschen, die sich um den fried-

lichen Aufbau verdient gemacht haben, die Krankheiten erforschen und für die Gesundheit des Menschengeschlechts wirken, deren künstlerisches Schaffen dem Frieden und einer schöneren, inhaltsvollen Zukunft gewidmet ist. In der Sowjetunion werden alle Errungenschaften der Wissenschaft und Technik für die Lösung grandioser Aufgaben des friedlichen Aufbaus und der Umgestaltung der Natur eingesetzt. Gewaltige Kanäle und Stauseen werden die Bewässerung von Wüsten und Steppen ermöglichen und neue, gigantische Wasserkraftwerke speisen. Gebiete von der Größe europäischer Länder werden ihr Gesicht, ihr Klima und ihre Vegetation verändern. Die Verwirklichung dieser Stalinschen Friedenspläne erfordert eine enorme Entfaltung der wissenschaftlichen Arbeit, der Forschung und der Technik. Hier erringt ein friedliebender Staat in rastloser Arbeit, durch kühnes Planen und Forschen für den Wohlstand seines Volkes friedliche Siege über die Natur.

Aus USA hingegen hören Sie nur ständig Meldungen über neue Waffen, Mittel und Methoden der Zerstörung, Vernichtung und Ausrottung des Lebens. Wissenschaft und Technik, Forschung und Erfindung, Kunst und Literatur können ein Segen für die Menschheit sein, sie können ihr aber auch zum Fluch werden, je nachdem, ob sie dem Frieden oder dem Kriege dienen. Aus dieser unbestreitbaren Tatsache erwächst allen Wissenschaftlern und Forschern, Technikern und Erfindern, Schriftstellern und Künstlern eine besonders hohe Verantwortung gegenüber ihrem Volk und der Menschheit. Die Errungenschaften ihres Denkens und Forschens, ihres Sinnens und Gestaltens dürfen nicht wieder für die Vernichtung des Lebens und der Werke menschlichen Fleißes mißbraucht werden. Sie sollen zur Erhaltung und Verbesserung des Lebens, zu seiner Bereicherung und Verschönerung beitragen. Das muß ganz besonders für ein Land wie Deutschland gelten, dessen Städte und Dörfer noch die tiefen Spuren der Verwüstungen des letzten Krieges tragen.

Aber gerade Deutschland ist von den imperialistischen Kriegstreibern zur Hauptkriegsbasis in Europa ausersehen. Mit zynischer Offenheit haben amerikanische Staatsmänner ausgesprochen, daß sie Westdeutschland für den Kriegsblock der Atlantikpaktmächte brauchen und ebendeshalb die Spaltung Deutsch-

lands aufrechterhalten werden muß. Die Gefahr, die unserem Volke von dieser Kriegspolitik droht, ist riesengroß und nicht zu unterschätzen.

Dieser Ernst der Situation hat die Regierung unserer Republik veranlaßt, erneut den Weg zu einer gesamtdeutschen Verständigung zu suchen. Gemäß der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl hat sich unsere Volkskammer mit einem Appell an den Bundestag in Bonn gewandt und den Vorschlag gemacht, daß Vertreter Westdeutschlands und der Deutschen Demokratischen Republik zu einer gesamtdeutschen Beratung zusammentreten sollen, um über die zwei Hauptfragen der gegenwärtigen deutschen Situation zu verhandeln. Es ist dies erstens die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die auf dem Wege über freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Nationalversammlung zur Schaffung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands erreicht werden soll. Es ist dies zweitens der beschleunigte Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und der darauffolgende Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland. Die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und der Appell der Volkskammer an den Bundestag haben in ganz Deutschland ein vielfältiges und starkes Echo gefunden. Das zeugt davon, daß sich angesichts der Remilitarisierung und der Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland die breitesten Schichten des deutschen Volkes immer mehr des Ernstes der Situation bewußt werden. Der Widerhall in Westdeutschland war so stark, daß der Bonner Regierungschef Adenauer gezwungen war, seinen Standpunkt dreimal zu ändern. Glaubte er anfangs, den Appell der Volkskammer mit einer brüskten Ablehnung abtun zu können, so mußte er schließlich vor dem Bonner Bundestag erklären, daß sich die Erklärungen Grotewohls vor der Volkskammer den Vorschlägen der Bundesregierung zu nähern scheinen. Nach einer solchen Feststellung müßte ein guter Deutscher, dem die Einheit seines Vaterlandes und die Erhaltung des Friedens am Herzen liegt, doch wohl bereit sein, auch seinerseits Schritte der Annäherung zu einer Verständigung zu unternehmen. Anders aber handelte Herr Adenauer. Er stellte Be-

dingungen, die er mit haltlosen Anschuldigungen und schamlosen Verleumdungen gegen die Deutsche Demokratische Republik zu rechtfertigen suchte. Das war nichts anderes als ein Manöver, da er angesichts des starken Verlangens der westdeutschen Bevölkerung nach Einheit und Frieden eine Wiederholung seiner ersten brüskten Ablehnung nicht wagte. Zweifellos wird es notwendig sein, die Bestimmungen für die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen festzulegen. Zweifellos müssen die Organe für die Durchführung der Wahlen in ganz Deutschland geschaffen werden. Zweifellos gibt es noch eine Reihe weiterer Fragen, die besprochen und gelöst werden müssen. Aber wieso maßt sich Herr Adenauer das Recht an, in diesen Fragen ganz Deutschland zu bevormunden? Diese Rolle kann er vielleicht in seinem Ministerrat, nicht aber gegenüber dem deutschen Volke und am allerwenigsten gegenüber den Bürgern unserer Deutschen Demokratischen Republik spielen.

Im Interesse der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als eines friedliebenden und demokratischen Staates muß jedoch über alle diese Fragen beraten und auch eine Einigung erzielt werden. Dazu ist aber notwendig, daß man zusammenkommt, daß die Vertreter Westdeutschlands und unserer Republik zu einer gesamtdeutschen Beratung zusammentreten und eine Verständigung erzielen. Eine solche Verständigung ist zweifellos möglich, und niemand hat das Recht, sie zu bestreiten, solange nicht wenigstens der Versuch gemacht wurde. Zu dieser Einsicht kommen auch in Westdeutschland immer breitere Kreise. Davon zeugen zahlreiche Stellungnahmen in der westdeutschen Presse. Selbst in den Fraktionen des Bonner Parlamentes gab es einsichtige Vertreter, die mit der von Adenauer vorgetragenen verklausulierten Ablehnung nicht einverstanden waren. Das tief Bedauerliche ist jedoch, daß sie die Parteiinteressen höher gestellt haben als das Interesse des deutschen Vaterlandes, daß sie sich der Fraktionsdisziplin gebeugt haben. Mit Ausnahme der Kommunisten hat es kein weiterer Abgeordneter gewagt, für die Annahme des Angebotes der Volkskammer und die Durchführung einer gesamtdeutschen Beratung zu stimmen.

Die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik hat ihren Vorschlag jedoch gleichzeitig auch an alle Deutschen,

an alle demokratischen Parteien und Organisationen gerichtet. Ich möchte darum von dieser Stelle aus allen Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern und der gesamten Intelligenz Westdeutschlands die hohe Verpflichtung in Erinnerung rufen, die ihnen aus ihrer Stellung im gesellschaftlichen Leben erwächst. Mit vollem Recht hat Nationalpreisträger Prof. Dr. Ernst Schmitz darauf hingewiesen, daß die Wissenschaft durch die Zerreißung Deutschlands ganz besonders schwer betroffen wurde. Er hat die Regierungserklärung Otto Grotewohls und den Appell der Volkskammer als einen Schritt begrüßt, „in dem das große Entgegenkommen gegenüber dem Standpunkt der westlichen Hälfte unseres Vaterlandes gesehen werden muß“. Es ist zu hoffen und zu wünschen, daß die Wissenschaftler Westdeutschlands durch eine ebenso offene Stellungnahme dazu beitragen, daß vom Westen her ein gleicher Schritt getan wird.

Angesichts der Gefahr, die sich aus der Aufstellung eines westdeutschen Heeres ergibt, hat der Dichter Bertolt Brecht in einem eindrucksvollen Brief an die deutschen Künstler und Schriftsteller gefordert, daß unter allen Umständen eine neue Anstrengung gemacht werden muß, die Wiedervereinigung auf friedlichem Wege herbeizuführen. Die Menschen aller Berufe, alle gleich bedroht, müssen dazu beitragen, die Spannungen zu beseitigen, die entstanden sind. Möge diese Mahnung des deutschen Dichters in Westdeutschland gehört werden. Mögen sich die westdeutschen Wissenschaftler und Techniker, Künstler und Schriftsteller ihrer Verantwortung bewußt sein, offen und kühn für die Lebensinteressen ihres Volkes und die Rettung der Nation zu sprechen.

Wir haben für die Verständigung keine Bedingungen gestellt und keine Vorbehalte gemacht. Wir haben eine gesamtdeutsche Beratung vorgeschlagen über die beiden Hauptfragen unserer nationalen Existenz: über die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf dem Wege über freie, gleiche und geheime demokratische Wahlen für eine Deutsche Nationalversammlung sowie über den beschleunigten Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland, der durch den darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen die volle Souveränität unseres Volkes wie-

derherstellt. Für diese großen Ziele muß jeder deutsche Patriot bereit sein, alle sonstigen Meinungsverschiedenheiten beiseite zu lassen, um zu einer Verständigung und gemeinsamen Plattform zu kommen. Das ist ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung unseres Volkes. Natürlich gibt es Kräfte, die eine gesamtdeutsche Beratung und eine Verständigung des deutschen Volkes fürchten. Es sind die amerikanischen Imperialisten, die ihre Politik der Kriegsvorbereitungen nur durchführen können, wenn Deutschland zerrissen bleibt, wenn Westdeutschland von ihren Bajonetten beherrscht, wenn die westdeutsche Industrie ihrer Befehlsgewalt unterworfen bleibt. In ihrem Auftrag stehen alle diejenigen in Westdeutschland, die das weitgehende Angebot unserer Regierung und Volkskammer unter allen möglichen Vorwänden zurückweisen. In ihrem Auftrage handeln alle jenen Elemente, die als Spione und Diversanten in die Deutsche Demokratische Republik geschickt werden, um unsere friedliche Aufbauarbeit zu stören, die aber die schwersten Strafen durch unsere Gerichte zu erwarten haben. Dafür gibt es keine Freiheit. Wenn ich jetzt dem Ersuchen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik auf Erlaß einer Amnestie Folge geleistet habe, so sollen darin jene verbrecherischen Elemente keine Schwäche und keinen Freibrief für ihre Verbrechen sehen. Im Auftrage der amerikanischen Imperialisten hat auch Adenauer gesprochen, der auf den Appell der Volkskammer keine deutsche, sondern eine amerikanische Antwort gegeben hat. Den amerikanischen Kriegstreibern, die deutsche Soldaten fordern, die Westdeutschland zur Rüstungsbasis und zum Kriegsschauplatz machen wollen, will Adenauer die Entscheidung über die deutschen Wahlen und die deutsche Einheit zuschanzen. Es ist ganz klar, daß dabei nichts herauskommen kann, was den Interessen des deutschen Volkes entsprechen würde. Über diese Fragen müssen sich die Deutschen selber verständigen. Es gibt nicht wenig Beispiele und Beweise dafür, daß diese Verständigung durchaus möglich und erreichbar ist. Dieses Ziel ist der Anstrengungen und der Mühen, des Einsatzes und der Opfer der besten Kräfte unseres Volkes wert. Indem wir die Einheit eines friedlichen und demokratischen Deutschlands erreichen, sichern wir den Frieden in Europa. Die großen Leistungen, die wir heute

mit dem Nationalpreis auszeichnen, werden dann nie wieder dem Untergang und der Vernichtung preisgegeben sein. Dann wird der Tag kommen, an dem wir die Besten unseres Volkes zu Nationalpreisträgern einer einheitlichen und unteilbaren deutschen demokratischen Republik machen.

*Nach dem Stenogramm.*



# Ruhm und Ehre unseren Aktivisten, Erfindern und Helden der Arbeit!

*Aus der Rede auf dem Staatsakt  
13. Oktober 1951*

Meine verehrten Damen und Herren!

Liebe Aktivisten aus Industrie und Landwirtschaft!

Liebe Freunde und Kollegen!

Es ist ein denkwürdiger Jahrestag, an dem wir uns heute zusammenfinden. Am 13. Oktober 1948 vollbrachte Adolf Hennecke seine bahnbrechende Leistung, die vielen unserer besten Menschen in Industrie und Landwirtschaft, im Verkehr und in anderen Zweigen unserer volkseigenen Wirtschaft den Weg zu einem besseren Leben wies. Diese Leistung und die Leistungen der vielen heroischen Arbeiter, die unter schweren Bedingungen dem Beispiel Henneckes folgten, waren der Ausgangspunkt unserer stolzen Aktivistenbewegung. Sie wurde zum wichtigsten Hebel bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität in allen Wirtschaftszweigen zur Überwindung der Not, die uns der verbrecherische Hitlerkrieg hinterlassen hatte.

Die demokratischen Kräfte in Deutschland erkannten die große Bedeutung der Aktivistenbewegung, die aus der Initiative der besten Vertreter der Arbeiterklasse hervorgegangen war. Trotz aller Hetze und Verleumdung, die von den Feinden unserer demokratischen Ordnung gegen die Träger dieser Bewegung betrieben wurde, erfaßte sie immer breitere Massen unserer Werktätigen. Entsprechend der Bedeutung der Tat Adolf Henneckes wurde der 13. Oktober zum „Tag der Aktivisten“ erklärt. Es war symbolisch für unsere junge Republik, daß ihre eben gewählten Minister am ersten Jahrestag des historischen 13. Oktober in die Betriebe gingen und dort die Politik der neuen Regierung erläuterten und den Rat der Werktätigen einholten. Die Regierung unterstrich damit die nationale Bedeutung der

großen Masseninitiative und würdigte ihre heroischen Leistungen für das deutsche Volk. Die Aktivisten haben den grundsätzlichen Wandel in unserer staatlichen und wirtschaftlichen Ordnung begriffen. Nach der Zerschlagung des faschistischen Staates, nach den demokratischen Reformen, insbesondere nach der Enteignung der Naziverbrecher und Kriegsinteressenten, deren Betriebe in Volkseigentum übergeführt wurden, war ein neues Verhältnis des Arbeiters zum Betrieb und zur Arbeit notwendig geworden. Unter den neuen Verhältnissen liegt es im Interesse der gesamten Arbeiterklasse, durch eine höhere Arbeitsproduktivität ihre Betriebe leistungsfähiger zu machen. In diesem Streben liegt der tiefste Kern der Aktivistenbewegung.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik faßte alle vorherigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Förderung der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegungen im Gesetz der Arbeit zusammen. Es ist in diesem Gesetz auch bestimmt, daß alljährlich am historischen 13. Oktober der Ehrentitel „Held der Arbeit“ verliehen wird. „Held der Arbeit“ sollen die werktätigen Menschen sein, die sich durch ihre großen friedlichen Leistungen an die Spitze unserer stolzen Aktivistenbewegung stellen, die es verstehen, neue Arbeitsverfahren und -methoden zu entwickeln und einzuführen, die die großen sowjetischen Erfahrungen nutzen und in ihrem Industriezweig anwenden. „Held der Arbeit“ werden alle diejenigen sein, die unter Einsatz ihres ganzen Wissens und Könnens, unter Einsatz ihrer ganzen Person allen Werktätigen wegweisend voranschreiten und dem Volk große Werte schaffen. Neben dem Nationalpreis ist diese Auszeichnung die ehrenvollste unserer Deutschen Demokratischen Republik. Sie ist aber zugleich eine Ehrung all der stillen Helden des friedlichen Aufbaus, die nicht alle so hervorragende Leistungen erzielen konnten, wie ich sie heute hier auszeichnen kann. Gleichzeitig werden heute in den Betrieben durch Vertreter der Regierung und der Gewerkschaften die „Aktivisten“, „Verdienten Aktivisten“ und „Verdienten Erfinder“ ausgezeichnet. So ist der „Tag der Aktivisten“ eine Anerkennung und Auszeichnung für alle Menschen, die unermüdlich und fleißig schaffen.

In der Deutschen Demokratischen Republik wird zum ersten

Male in der Geschichte unseres Volkes eine Wirtschaftspolitik betrieben, die den Interessen des werktätigen Volkes entspricht und die daher auch die aktive Unterstützung aller Bevölkerungsschichten erhält.

Die Perspektiven unserer friedlichen Wirtschaftspolitik wurden im Vorschlag für den Fünfjahrplan, den der III. Parteitag der SED dem deutschen Volke unterbreitete, klar umrissen. Alle unsere wirtschaftspolitischen Maßnahmen dienen in erster Linie der Erhaltung des Friedens und der Unterstützung unseres Kampfes um die Einheit unseres Vaterlandes. Dazu ist eine schnelle Entwicklung unserer industriellen Produktion notwendig, die im Fünfjahrplan mit 190 Prozent im Verhältnis zum Jahre 1936 vorgesehen ist. Sie wird vor allem durch die Rekonstruktion unserer volkseigenen Betriebe und den Bau neuer Produktionsanlagen erreicht. Aber auch die Privatindustrie und das Handwerk sind am wirtschaftlichen Aufschwung der Republik beteiligt. Unsere werktätigen Bauern können ebenfalls ihre Produktion weiter entfalten, ohne Sorgen um den Absatz ihrer Erzeugnisse zu haben. Durch die Förderung aller Volksschichten schließt der Fünfjahrplan unser Volk fest zusammen, vertieft und festigt das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern und der schaffenden Intelligenz. Unser Ziel ist es, am Ende des Fünfjahrplans den Vorkriegslebensstandard wesentlich zu überschreiten. Wie erfolgreich wir auf diesem Weg voranschreiten, beweisen die vielen Maßnahmen, die unsere Regierung zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung seit der Gründung der Republik durchgeführt hat.

Dieser große wirtschaftliche und kulturelle Aufbau kann aber nur von dauerndem Erfolg sein, wenn wir ihn ohne Verschuldung an das Ausland durch die eigenen Kräfte unseres Volkes erreichen. Dabei haben wir die uneigennützigte Unterstützung durch die Länder der Volksdemokratie und vor allem durch die große Sozialistische Sowjetunion. Die Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe, unsere Abkommen über den Austausch der wissenschaftlich-technischen Erfahrungen und die abgeschlossenen Handelsverträge legen davon Zeugnis ab. Wir bauen eine unabhängige starke und moderne Friedensindustrie, die durch gleichberechtigte Verträge mit allen friedlieben-

den Völkern in engem Kontakt und friedlichem Wettbewerb steht.

Unser Bruttoproduktionsplan wurde im II. Quartal 1951 von der Industrie der Deutschen Demokratischen Republik zu 107 Prozent erfüllt. Das bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem II. Quartal 1950 um 25 Prozent. Dabei haben die volkseigenen Betriebe einen besonders hervorragenden Anteil. Selbst unsere geschworenen Feinde können nicht mehr umhin, unsere Erfolge zuzugeben. So mußte die britisch geleitete westdeutsche Zeitung „Die Welt“ vor zwei Tagen eingestehen, daß sich trotz der westdeutschen und Westberliner Kursspekulation „der Wert der Ostmark tatsächlich fortschreitend gebessert“ hat. Von einer der letzten Maßnahmen unserer Regierung schreibt sie:

„Die Anfang dieser Woche in Kraft getretene Preissenkung . . . , die nicht nur die staatlichen HO-Läden, sondern auch die Konsumgenossenschaften und den privaten Einzelhandel betrifft, hat dem breiten Publikum in der Ostzone neue und billigere Kaufchancen eröffnet.“

Die Tatsache, daß selbst die Verleumder der Deutschen Demokratischen Republik unseren Aufstieg nicht mehr ableugnen können, zeugt von der nachhaltigen Wirkung unserer Wirtschaftspolitik. Unser Weg des Aufbaus einer unabhängigen Friedenswirtschaft hat sich bewährt und wir werden ihn unbeirrt fortsetzen.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist dabei von entscheidender Bedeutung. Sie soll nicht durch die Überbeanspruchung der Arbeitskräfte, wie es in kapitalistischen Betrieben geschieht, erreicht werden. Die Steigerung der Produktion und der Arbeitsproduktivität hat in erster Linie durch die Entwicklung und Einführung neuer Arbeitsmethoden und bessere Organisation der Arbeit zu erfolgen. Unseren Aktivisten und Neuerern der Produktion stehen dabei die reichen sowjetischen Erfahrungen zur Verfügung. In der Sowjetunion wurden in drei Jahrzehnten des Aufbaus einer technisch hoch entwickelten sozialistischen Industrie reiche Erfahrungen gesammelt. Diese Erfahrungen können unserer volkseigenen Wirtschaft unerhört viel helfen. Ihre Anwendung kann uns viele Umwege und Verzögerungen in unserem Aufstieg ersparen. Darum ist das Studium

der sowjetischen Wissenschaft und der sowjetischen Arbeitserfahrungen so unumgänglich notwendig. Ebenso wichtig ist der gegenseitige Erfahrungsaustausch zwischen uns und den Werktätigen der volksdemokratischen Länder. Alle unsere Werktätigen müssen begreifen, daß wir vor unseren Freunden und sie vor uns keine Geheimnisse haben. Unter den neuen Helden der Arbeit sind eben solche Aktivisten, die auf Grund dieser Erfahrungen große Massenbewegungen zur besseren Organisation der Arbeit, zur Materialeinsparung, zur persönlichen Pflege der Maschinen usw. auslösten.

Andere unserer Aktivisten haben bereits Beträchtliches zur Verbesserung der Qualität der Produkte geleistet. Das ist eine überaus wichtige Aufgabe. Unsere Werktätigen haben ein Recht darauf, Waren von bester Qualität zu erhalten. Auch im Interesse des Ansehens der Qualitätsarbeit deutscher Facharbeiter müssen wir dieser Bewegung unsere besondere Aufmerksamkeit schenken.

Sie werden bei der anschließenden Auszeichnung feststellen, daß alle diese großen Massenbewegungen durch die Ehrung ihrer Initiatoren Würdigung und Anerkennung finden. Dabei ist es das Neue und sehr Erfreuliche, daß wir so viele einfache werktätige Menschen auszeichnen können, die durch ihre Leistungen bahnbrechend wirken und unserer Aktivistenbewegung immer neue Wege weisen. Diese erfreuliche Tatsache zeigt:

1. welche großen Potenzen in unseren einfachen werktätigen Menschen ruhen, die erst in unserer demokratischen Ordnung zur Entfaltung kommen konnten;
2. daß die sowjetischen Arbeitserfahrungen und die Ergebnisse der sowjetischen Wissenschaft für unseren Aufbau von unschätzbare Bedeutung sind;
3. daß die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung einen immer steigenden Nutzen für unser Volk und damit für jeden einzelnen bringt;
4. daß das feste schöpferische Bündnis der Arbeiterklasse mit der schaffenden Intelligenz für das Volk von größtem Nutzen ist;
5. daß sich unsere Werktätigen immer mehr qualifizieren und ihr politisches und fachliches Wissen ständig erweitern.

Wir haben durch unsere Arbeit in den letzten Jahren eine neue, höhere Arbeitsmoral und Arbeitsproduktivität erreicht.

Diese Steigerung der Arbeitsproduktivität in den volkseigenen Betrieben kommt sehr deutlich in der höheren Produktion und der Senkung der Selbstkosten zum Ausdruck. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß in fast allen Industriezweigen die erreichte Senkung der Selbstkosten größer ist, als es der Plan vorsah. Im Ergebnis dieser Erfolge konnte die beachtliche Summe von insgesamt 300 Millionen DM eingespart werden, die der werktätigen Bevölkerung durch die Preissenkungen zugute kommen.

Aus diesen nüchternen Tatsachen sind zwei wichtige Schlußfolgerungen zu ziehen:

1. Die große Initiative, die von der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung ausgeht, ist die Quelle der ständigen Verbesserung der Lebenslage unseres Volkes. Sie kommt allen zugute und muß von allen gefördert werden. Den hervorragendsten unserer Aktivisten gebührt deshalb der Dank und die Hochachtung der ganzen Nation. Die Verleihung des hohen Titels „Held der Arbeit“ drückt diesen Dank, diese Hochachtung aus.

2. Nur eine Regierung des Volkes, die mit allen Kräften für den Frieden kämpft, kann den Werktätigen die Früchte ihres Fleißes sichern. Nur sie ist imstande, die Lebenslage der Bevölkerung ständig zu verbessern. Unsere Regierung hat durch ihre gesamte Politik auf dem Gebiet der Wirtschaft und Kultur bewiesen, daß sie eine Regierung des Volkes, eine Regierung der Arbeit ist.

Die großen Leistungen der Aktivisten und Erfinder, der Brigaden für den Wettbewerb und für die beste Qualität, die heute in den Betrieben und Werken unserer Republik sowie in diesem feierlichen Staatsakt ausgezeichnet werden, sind Leistungen für den Frieden. Nur im Frieden werden diese Leistungen noch gesteigert werden können, nur im Frieden wird unser Volk die Früchte der Arbeit und des Schaffens seiner besten Menschen ernten können.

Es gibt wohl kein besseres Forum, vor dem man die großen Existenzfragen unseres Volkes erörtern könnte, als die Helden der Arbeit, die Aktivisten des Aufbaus und der friedlichen Entfaltung unserer Wirtschaft und Kultur. Ihre Arbeit, ihre Leistun-

gen dienen dem Wohl des ganzen deutschen Volkes. Sie sollen dazu beitragen, unserem Volk eine bessere und schönere Zukunft zu schaffen. Die Fabriken und Werke, die Talsperren und Gebäude, die unsere Bauarbeiter und Maurer errichten, die neuen Bergwerke, Hochöfen und Maschinen, die unsere Arbeiter, Techniker und Ingenieure durch ihren Fleiß und ihr Können schaffen, die neuen Schulen, Hochschulen und Theater, die wir erbauen, all das darf nicht wieder das Opfer von Bomben, Phosphor und Brand werden. Darum sind unsere Aktivisten, unsere Helden der Arbeit auch die leidenschaftlichsten Kämpfer für die demokratische Einheit Deutschlands und den Frieden in der Welt.

Ruhm und Ehre den Aktivisten, Erfindern und Helden der Arbeit!

Ruhm und Ehre den Brigaden des Wettbewerbs und der besten Qualität!

Ruhm und Ehre allen Kämpfern für die friedliche Vereinigung Deutschlands!

Es lebe das einheitliche, unabhängige, friedliebende und demokratische Deutschland!

*„Neues Deutschland“ vom 14. Oktober 1951.*

# Die Äcker sollen Früchte zum Wohle der Menschheit tragen!

*Aus der Rede anlässlich der Gründung  
der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften  
17. Oktober 1951*

Meine Damen und Herren!

Verehrte ausländische Gäste!

Liebe Freunde!

Die Gründung der Deutschen Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zu Berlin wird als ein denkwürdiger Tag in die Geschichte der deutschen Wissenschaft eingehen. Mit diesem Staatsakt würdigt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die außerordentlich große Bedeutung der Forschungsarbeit unserer Agrarwissenschaftler. Die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften wird ihnen neue Möglichkeiten geben, alle ihre großen Fähigkeiten und Erfahrungen in systematischer und umfassender Forschungsarbeit allseitig zu entfalten.

Unser Volk erwartet vom Wirken der Akademie und aller ihrer Mitarbeiter eine wesentliche Unterstützung seiner Anstrengungen beim Aufbau einer demokratischen Friedenswirtschaft. Das Programm dieses friedlichen Aufbaus ist der Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft und Kultur der Deutschen Demokratischen Republik. Er sieht in allen Zweigen der Volkswirtschaft ein bisher in Deutschland nie gekanntes Tempo der Entwicklung der Produktivkräfte vor. Es ist der Plan einer enormen Entwicklung unserer Industrie und des Verkehrswesens. Es ist der Plan eines großen kulturellen Aufschwungs. Es ist aber auch der Plan einer solchen Hebung der Lebenshaltung unseres Volkes, die jedes früher erreichte Niveau übersteigt. In diesem großen Plan spielt unsere Landwirtschaft eine hervorragende Rolle. Von ihr hängt in hohem Maße ab, ob unsere verarbeitende Industrie, die die Bevölkerung mit Bedarfsgütern versorgt, die erforderlichen Rohstoffe erhält. Die Ertrags-



steigerung der technischen Kulturen im Ackerbau ebenso wie in der Viehzucht und der Forstwirtschaft kann wesentlich dazu beitragen. Noch augenscheinlicher ist die Bedeutung, die die Steigerung der Hektarerträge und die Verbesserung der Viehzucht für die ausreichende Versorgung unserer Bevölkerung mit hochwertigen Lebensmitteln hat. Diese großen Aufgaben unserer Landwirtschaft können gelöst werden, wenn kühn neue Wege beschritten werden.

Unsere Deutsche Demokratische Republik läßt es an Hilfe und weitreichenden Maßnahmen für die Entwicklung unserer Landwirtschaft nicht fehlen. Eines der großen Ziele unseres industriellen Aufbaus ist es, die Landwirtschaft mit hochwertigen Düngemitteln und mit modernsten Geräten und Maschinen zu versehen. Schon heute liefert unsere Industrie den Bauern in steigendem Maße Düngemittel, landwirtschaftliche Geräte und Maschinen. Noch niemals hatten unsere Bauern eine solche Möglichkeit, sich durch modernste Maschinen und Geräte ihre Arbeit zu erleichtern und ihren Ertrag zu steigern, wie sie ihnen durch die zahlreichen Maschinenausleihstationen geschaffen wurde. Diese neuen Einrichtungen möglichst zweckvoll auszunutzen, neue Methoden und neue Organisationsformen der landwirtschaftlichen Arbeit zu finden, dabei kann die Akademie der Landwirtschaftswissenschaften zweifellos unseren Bauern eine überaus wirksame Hilfe erweisen. Die Motorisierung unserer Landwirtschaft erleichtert den Bauern nicht nur ihre althergebrachte schwere Arbeit, sie macht sie auch ertragreicher und verkürzt die dafür aufzuwendende Zeit.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft ist eine Aufgabe von hervorragender Bedeutung, der unsere Agrarwissenschaftler ihr Wissen und Können widmen sollten. Es geht hier nicht nur darum, höhere und bessere Erträge zu erzielen. Unsere Bauern und die schaffenden Menschen der Maschinenausleihstationen und Volksgüter brauchen, wenn sie ihre großen Aufgaben erfüllen sollen, auch eine allseitige kulturelle Entwicklung. In dieser Hinsicht bleibt noch außerordentlich viel zu tun, um die Kluft zwischen der Stadt und dem flachen Lande zu überwinden.

Wir wünschen uns, daß die heranwachsende Landjugend in

viel höherem Maße, als das bisher der Fall ist, die Fachschulen und Hochschulen besucht, daß die Erkenntnisse der Wissenschaft viel mehr als bisher ins Dorf getragen werden, damit unsere Landwirtschaft wirklich nach den neuesten Errungenschaften der Agrarwissenschaft betrieben werden kann. Wir wünschen uns, daß alle Schätze der fortschrittlichen deutschen und internationalen Kultur auch ins Dorf gelangen, daß auch die Landbevölkerung an ihnen teilhat. Alles das kann erreicht werden, wenn die großen Möglichkeiten, die die Maschinenausleihstationen, die unsere Volksgüter und Saatzuchtgüter für unsere Landwirtschaft bedeuten, durch die bahnbrechende Mitarbeit der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften voll ausgenutzt werden. Aber gerade die Lösung dieser Aufgaben erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den besten Wissenschaftlern und den erfahrensten Bauern. Nur dann, wenn die Forschungsergebnisse unserer Wissenschaftler den Bauern umgehend zugänglich gemacht und umgekehrt die Erfahrungen und Anregungen unserer Bauern den Wissenschaftlern bekannt werden, wird die neue Akademie ihren Aufgaben gerecht werden können.

Die Erfahrungen der sowjetischen Landwirtschaft und der sowjetischen Wissenschaftler beweisen die Richtigkeit dieses Weges. Neben den eigenen Forschungsarbeiten müssen deshalb auch die Forschungen der sowjetischen Wissenschaft, die Erkenntnisse von Mitschurin und Lyssenko und die neuesten Produktionserfahrungen der sowjetischen Landwirtschaft für die Entwicklung und Intensivierung unserer eigenen Landwirtschaft nutzbar gemacht werden.

Die heute anwesenden Gäste aus der Sowjetunion, aus China und den europäischen Volksdemokratien und vielen anderen Ländern geben Ihnen sicher die Gelegenheit, den internationalen Erfahrungsaustausch und die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit erfolgreich in die Wege zu leiten. Das wird nicht nur für die Entwicklung unserer Agrarwissenschaft und unserer Landwirtschaft von hohem Nutzen sein, es wird auch die freundschaftlichen Beziehungen unserer Republik zu allen friedliebenden Völkern erweitern und festigen. Auch damit werden Sie dazu beitragen, die Pläne der imperialistischen Kriegstreiber

zu durchkreuzen, die die Äcker und Gärten der Völker verwüsten wollen. Dienen Sie mit Ihrer Arbeit und Ihrem Forschen dem hohen und edlen Ziel, daß die Äcker und Gärten aller Völker bessere und schönere Früchte zum Wohle der Menschheit tragen.

„Neues Deutschland“ vom 18. Oktober 1951.

# Deutsch-tschechoslowakische Freundschaft festigt den Frieden

*Ansprache beim Staatsempfang auf der Prager Burg  
24. Oktober 1951*

Hochverehrter Herr Präsident!

Meine verehrten Herren Minister und Staatssekretäre!

Meine Damen und Herren!

Meine ersten Worte seien Worte des Dankes, eines tiefempfundenen und herzlichen Dankes vor allem an Sie, Herr Präsident, für Ihre Einladung zu diesem Staatsbesuch und für Ihre freundschaftliche Begrüßung. Ich danke der Regierung der Tschechoslowakischen Republik und allen ihren Bürgern für die freundschaftlichen Willkommensgrüße und die Gastfreundschaft, die mir und meiner Begleitung erwiesen wurden.

Herr Präsident! Sie haben in überaus eindrucksvoller Weise das neue Verhältnis der guten Nachbarschaft und der aufrichtigen Freundschaft zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Deutschen Demokratischen Republik gekennzeichnet. Ich bin gewiß, im Namen der gesamten Bevölkerung unserer Republik und aller friedliebenden Deutschen zu sprechen, wenn ich Ihnen für diese bedeutungsvollen Ausführungen unseren besonders herzlichen Dank sage.

In der Tat, dieser Staatsbesuch ist an und für sich schon ein sichtbarer Beweis, daß sich in den Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten ein grundlegender Wandel vollzogen hat. Das tschechische und slowakische Volk waren Jahrhunderte hindurch den offenen und versteckten, bald brutalen, bald heimtückischen Germanisierungsbestrebungen der deutschen Feudalherren und Kapitalisten ausgesetzt. Ihre altehrwürdige und schöne Hauptstadt Prag hat manche deutsche Staatsoberhäupter in ihren Mauern beherbergen müssen. Aber keiner dieser Herren kam als guter Nachbar und aufrichtiger Freund. Sie kamen als feindliche, fremdländische Eroberer. Damit sich die Staatsoberhäupter des tschechoslowakischen und des deutschen Volkes als uneigen-

nützige Freunde gegenüberreten konnten, mußten erst so tiefe Wandlungen im gesellschaftlichen und staatlichen Leben vor sich gehen, wie sie sich dank des Sieges der ruhmreichen Sowjetarmee über den Hitlerfaschismus in unseren Ländern vollzogen haben. Unser neues Verhältnis der guten Nachbarschaft und der aufrichtigen Freundschaft wird unzerstörbar und dauerhaft sein, weil es auf der festen Grundlage unserer gemeinsamen Freundschaft zur Sowjetunion und zum großen Bannerträger des Weltfriedens, dem Genossen Stalin, beruht. In diesem Lager des Weltfriedens steht fest und unerschütterlich auch unsere Deutsche Demokratische Republik. Dafür war die Volksbefragung ein überzeugender Beweis, die wir im Juni dieses Jahres durchführten. Mehr als 96 Prozent unserer Bevölkerung haben sich dabei gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland erklärt. Bei den Weltfestspielen der Jugend und Studenten haben sich zwei Millionen Jugendliche unserer Republik zum Frieden, zur Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern bekannt und ihre Liebe zu dem großen Führer des Weltfriedenslagers, zum Genossen Stalin, bekundet. Die große Delegation der tschechoslowakischen Jugend, die an dieser überwältigenden Friedensmanifestation der Jugend teilgenommen hat, hat sich von den grundlegenden Veränderungen, die im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik vor sich gegangen sind, mit eigenen Augen überzeugen können. Ich bin gewiß, sie wird den schönen Gruß unserer Freien Deutschen Jugend, die Losung „Freundschaft!“ aus vollem Herzen erwidern.

Wie sind diese Wandlungen möglich geworden? Sie erklären sich daraus, daß es die ruhmreiche Armee der Sowjetunion war, die den Sieg über den Hitlerfaschismus davongetragen hat. Es war der große Stalin, der in Potsdam den Weg zu einem friedliebenden, demokratischen Deutschland wies, das nur durch die Entmachtung der kriegsschuldigen Monopolkapitalisten, durch die Ausrottung des preußisch-deutschen Militarismus, durch die völlige Vernichtung des Faschismus, die Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands zu erreichen war. Es war aber auch der große Stalin, der bereits in Potsdam das Recht eines friedliebenden deutschen Volkes auf seine nationale Einheit verteidigte.

In der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone sind die Kriegsverbrecher enteignet worden, ihre Werke und Fabriken, die Banken und die Bodenschätze sind Eigentum des Volkes geworden. Die Macht der kriegslüsternden Industriefürsten und Bankherren wurde gebrochen und der Aufbau einer Friedensindustrie gesichert. Damit sind die sozial-ökonomischen Wurzeln des Faschismus und Imperialismus ausgerottet. Die soziale Grundlage des preußisch-deutschen Militarismus waren von jeher die Junker und Großgrundbesitzer. Ihre Macht ist durch die demokratische Bodenreform gebrochen worden. Zum ersten Male eroberte die Demokratie in Deutschland auch das flache Land. Die Bodenreform gab zudem einem großen Teil der Umsiedler aus Polen und der Tschechoslowakei eine neue Heimat, eine neue Existenz. An Stelle des zerschlagenen faschistischen Staatsapparates wurde durch die sozialistischen Kräfte der Arbeiterklasse und durch fortschrittliche Vertreter der Bauernschaft und des Bürgertums eine neue, demokratische Ordnung geschaffen. Die demokratische Schulreform vertrieb den Geist des Alldeutschtums und des Militarismus aus unseren Schulen, in denen heute die Jugend zu aufrechten Demokraten und Friedenskämpfern erzogen wird.

Diese tiefgehenden demokratischen Umwälzungen konnten erfolgreich durchgeführt werden, weil die sowjetische Besatzungsmacht die demokratischen und fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes in jeder Weise förderte und unterstützte, ihnen mit Rat und Tat zur Seite stand. Die Arbeiterklasse ist in unserer Republik die führende gesellschaftliche Kraft, weil die Spaltung der Arbeiterbewegung überwunden wurde und die Kommunistische und Sozialdemokratische Partei sich zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vereinigten. Diese einheitliche Arbeiterpartei, der Vortrupp des deutschen Volkes im Kampfe um Frieden und Demokratie, steht fest auf dem Boden der Lehren von Marx und Engels, Lenin und Stalin. Die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begründete Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland fand die Unterstützung der anderen demokratischen Parteien und der Massenorganisationen. So wurden die Grundlagen der demokratischen Ordnung geschaffen, die ihre staatliche Form erhielt,

als der Deutsche Volksrat im Oktober 1949 den Beschluß faßte, die vom ganzen Volk diskutierte und gebilligte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft zu setzen und sich als Provisorische Volkskammer zu konstituieren. Dieser Schritt war notwendig geworden, weil die Spaltungspolitik der imperialistischen Westmächte zur Bildung des Bonner Separatstaates geführt hatte. Angesichts dessen konnte der Kampf um die demokratische Einheit Deutschlands nur von einem wirklich demokratischen und friedliebenden deutschen Staat mit voller Wirksamkeit geführt werden. Und das ist eben unsere Deutsche Demokratische Republik, deren Gründung, wie der große Stalin sagte, einen Wendepunkt in der Geschichte Europas bedeutet.

Die Sowjetregierung hat den demokratischen Kräften Deutschlands einen hervorragenden Beweis ihres Vertrauens gegeben, indem sie ihre Verwaltungsfunktionen als Besatzungsmacht in die Hände der deutschen Organe legte. Wir können heute mit ruhigem Gewissen sagen, daß sich die Deutsche Demokratische Republik dieses großen Vertrauens würdig erwiesen hat. Bei den Wahlen am 15. Oktober vorigen Jahres hat die Bevölkerung unserer Republik ein beinahe einmütiges Bekenntnis zur Friedenspolitik unserer Regierung und zum großen Fünfjahrplan der Entwicklung unserer Volkswirtschaft und Kultur abgelegt. Noch bedeutungsvoller sind die großen Leistungen, die die Arbeiterschaft, die technische Intelligenz und die Wissenschaftler sowie die Bauern unserer Republik vollbracht haben. Dank der Entfaltung der Aktivistenbewegung, dank dem Wettbewerb in den Betrieben war es möglich, unseren Zweijahrplan für 1949/1950 in 1½ Jahren zu verwirklichen. Auf Grund der so gewonnenen Erfahrungen konnten wir den Fünfjahrplan ausarbeiten, der seit dem 1. Januar dieses Jahres mit Erfolg in die Wirklichkeit umgesetzt wird.

Als wir am 13. Oktober dieses Jahres die Aktivisten, die Verdienten Aktivisten und Verdienten Erfinder sowie die Helden der Arbeit auszeichneten, bekamen wir erneut ein eindrucksvolles Bild von den vielfältigen und großen Leistungen, von den neuen Methoden der Arbeit, die sich auf die großen sowjetischen Erfahrungen stützen, von dem neuen Verhältnis zur Arbeit und der steigenden Arbeitsproduktivität. Alles das zeigt, wie immer

breitere Schichten unserer Arbeiter und Angestellten von dem Bewußtsein erfüllt werden, daß sie in unserer volkseigenen Industrie, auf unseren volkseigenen Gütern, in den Maschinenausleihstationen, in Handel und Verkehr für die friedliche Zukunft und ein besseres, wohlhabenderes Leben unseres deutschen Volkes schaffen. Je erfolgreicher der wirtschaftliche und kulturelle Aufbau in unserer Republik vor sich geht, je mehr Erfolge wir in der Verwirklichung unseres Fünfjahrplans erringen, desto größer wird auch die Anziehungskraft unserer Republik für das ganze deutsche Volk.

Um die Bedeutung dieser Feststellung voll würdigen zu können, muß man sich die Entwicklung in Westdeutschland vor Augen führen. Die imperialistischen Besatzungsmächte waren von Anfang an nicht willens, die Beschlüsse von Potsdam durchzuführen. Die Monopolherren der USA und Englands waren durch die vielfältigen Fäden der internationalen Truste und Konzerne mit den deutschen Monopolherren verbunden. Sie dachten nicht daran, in ihren Besatzungszonen die Rüstungsherren wirklich zu entmachten und die Kriegsverbrecher so zu bestrafen, wie es die vom Hitlerfaschismus gepeinigten Völker forderten. Heute ist das aller Welt offenkundig. Aus dem komfortablen Gefängnis in Landsberg sind die monopolkapitalistischen deutschen Kriegsverbrecher wieder entlassen und haben ihre wirtschaftliche und politische Macht zurückerhalten. Selbst die Hitlergenerale, die so viel Blut und Tränen über die Völker Europas gebracht hatten, wurden freigelassen. Als Beauftragte der Bonner Regierung sind sie bereits die Verhandlungspartner der Hohen Kommissare und des Herrn Eisenhower.

Auf der anderen Seite haben die imperialistischen Besatzungsmächte mit Verboten und Unterdrückungsmaßnahmen die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechterhalten und die rechten sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer zu ihren Agenten gemacht. Damit wurde die Arbeiterklasse, die entscheidende Kraft für die demokratische Erneuerung in Westdeutschland, geschwächt und unterdrückt. Dort ist jeder Friedenskämpfer und wahre Patriot der Diffamierung und Verfolgung ausgesetzt. Die Umsiedler werden im Elend gehalten und von einem Gebiet ins andere abgeschoben. Man verbittert diese Menschen absichtlich,



um sie für die Kriegshetze und als Kanonenfutter mißbrauchen zu können.

Blickt man heute auf diese Entwicklung zurück, so erkennt man klar, daß die imperialistischen Westmächte die Spaltung Deutschlands betrieben, die imperialistischen und militaristischen Kräfte geschützt und gefördert haben, weil sie Westdeutschland als Aufmarschgebiet und Rekrutierungsfeld für ihre Kriegspolitik in Europa mißbrauchen wollen. Das beweisen die Beschlüsse, die im September unter amerikanischem Druck in Washington und Ottawa gefaßt wurden. Westdeutschland soll in den aggressiven Kriegsblock der Atlantikpaktmächte einbezogen werden. Eine neue Wehrmacht unter faschistischen Generalen soll in die sogenannte Europa-Armee eingegliedert werden. Die westdeutsche Schwerindustrie wird durch den Schumanplan zu einer Rüstungsbasis. Der amerikanisch-englische Imperialismus behält sich dabei die Entscheidung über alle Fragen vor, die die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands betreffen.

Es wäre jedoch ein Fehler, zu glauben, daß diese amerikanisch-englische Politik der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus und Militarismus dem Wunsche und dem Willen der westdeutschen Bevölkerung entspräche. Eben weil die Hohen Kommissare auf dem Petersberg und der Adenauerklüngel in Bonn wissen, daß die westdeutsche Bevölkerung gegen die Remilitarisierung ist, haben sie unter Bruch des westdeutschen Grundgesetzes die Volksbefragung verboten. Wie sehnlich die westdeutsche Bevölkerung den Frieden und die Einheit eines demokratischen Deutschlands wünscht, hat der Widerhall bewiesen, den der Appell der Volkskammer an den westdeutschen Bundestag gehabt hat. Der Druck der westdeutschen Bevölkerung war es, der Adenauer gezwungen hat, auf seine ursprüngliche glatte Ablehnung des Volkskammerappells zu verzichten und eine Ausflucht in sogenannten 14 Bedingungen für die Wahlen zu suchen. Damit will er auch von dem Vorschlag einer gesamtdeutschen Beratung ablenken, den er auf amerikanischen Befehl ablehnt, denn die Washingtoner Kriegstreiber fürchten jede gesamtdeutsche Verständigung. Nach dem letzten Appell unserer Volkskammer hat sich der Ruf nach einer gesamtdeutschen Beratung jedoch sehr verstärkt. Immer breitere Kreise in West-

deutschland verstehen, daß man die Aufstellung einer neuen faschistischen Wehrmacht verhindern muß, damit Westdeutschland nicht für fremde imperialistische Interessen verblutet. Es greift die Erkenntnis um sich, daß man einen Friedensvertrag mit Deutschland und den anschließenden Abzug der Besatzungstruppen erzwingen muß, damit Westdeutschland nicht zum Kriegsschauplatz wird. Es wächst die Einsicht, daß die Deutschen sich darüber verständigen müssen, wie durch gesamtdeutsche Wahlen zur Nationalversammlung ein einheitliches, friedliches und demokratisches Deutschland geschaffen werden kann.

Unser Kampf um die friedliche Lösung des deutschen Problems findet die Sympathie und Zustimmung aller friedliebenden Völker. Sie erkennen heute klarer als je die tiefe Weisheit der Worte Stalins, daß

*„die Existenz eines friedliebenden, demokratischen Deutschlands neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt...“<sup>1</sup>*

Vor allem die Nachbarvölker Deutschlands verstehen, daß unser Kampf um die Einheit eines friedlichen und demokratischen Deutschlands auch ein Kampf für ihre Sicherheit ist. Sie sehen die Gefahr, die ihnen aus der amerikanischen Politik der Wiederherstellung des deutschen Imperialismus und Militarismus erwächst. Darum sind wir uns in unserem Ringen um die friedliche Lösung des deutschen Problems der Solidarität und Hilfe aller friedliebenden Völker und ihrer Regierungen gewiß.

Im Kampf gegen die Kriegstreibereien des anglo-amerikanischen Imperialismus stehen wir in einer Front mit dem uns benachbarten und befreundeten tschechoslowakischen Volk. Gemeinsam mit der Regierung der Tschechoslowakischen Republik hat darum die Regierung unserer Republik in der bekannten Deklaration vom Juni vorigen Jahres erklärt, daß es zwischen unseren beiden Staaten keine strittigen und offenen Fragen gibt. Eben weil wir den Umsiedlern eine neue Heimat gegeben haben und weil wir einen dauerhaften Frieden für das höchste Gut der Völker halten, haben wir im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung erklärt, daß wir die Umsiedlung der Deutschen aus

---

<sup>1</sup> „Neues Deutschland“ vom 14. Oktober 1949.

der Tschechoslowakischen Republik als unabänderlich, gerecht und endgültig gelöst betrachten. Auf der Grundlage dieser Friedenspolitik haben sich die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen beiden Republiken zum Wohle und zum Nutzen unserer Völker entwickelt. Ich bin fest davon überzeugt, daß die Vorbesprechungen über ein langfristiges Handelsabkommen zwischen unseren Republiken, die gegenwärtig geführt werden, zu einem erfolgreichen Abschluß kommen werden. In ihm werden die wirtschaftlichen Interessen und die Erfordernisse des friedlichen Aufbaus beider Länder aufeinander abgestimmt werden. Nicht mehr das Profitstreben großer Truste und Konzerne, sondern die Wohlfahrt der Völker ist dabei der alleinige Maßstab. Solche Handelsabkommen entsprechen den neuen und uneigennütigen Beziehungen, die zwischen den Staaten des großen Friedenslagers hergestellt wurden. Das große Vorbild ist uns dabei die Sozialistische Sowjetunion. Sie hat mit dem vor kurzem abgeschlossenen langfristigen Handelsabkommen dem deutschen Volk erneut den Beweis geliefert, daß sie die Unabhängigkeit eines demokratischen und friedliebenden Deutschlands achtet und ihm uneigennützig Unterstützung angedeihen läßt.

Liebe tschechoslowakische Freunde! Ich habe die feste Gewißheit, daß unser Besuch in Prag die Freundschaft unserer Völker stärken und die große Front des Friedens festigen wird.

Laßt uns die Freundschaft des tschechoslowakischen und des deutschen Volkes noch fester schließen und damit zur Sicherung des Friedens in Europa beitragen.

Es lebe das tschechische und das slowakische Volk!

Es lebe die Tschechoslowakische Republik und ihr großer Präsident, der erprobte Kämpfer für das Glück und den Frieden seines Volkes, mein Freund Klement Gottwald!

Es lebe das unbesiegbare Weltfriedenslager und seine mächtige Führerin, die große Sozialistische Sowjetunion!

Es lebe der Bannerträger des Friedens in der ganzen Welt, Josef Wissarionowitsch Stalin!

*Nach dem Stenogramm.*

## Zwei Briefe an den Präsidenten der Bundesrepublik, Prof. Heuß

### *Erster Brief*

An den  
Präsidenten der Bundesrepublik,  
Herrn Prof. Dr. Heuß,  
Bad Godesberg, Viktorshöhe

Sehr geehrter Herr Präsident!

In einer für unser Volk überaus entscheidungsschweren Zeit wende ich mich an Sie. Die Entscheidungen der Regierung Adenauer in diesen Tagen und Wochen beeinflussen das Schicksal der deutschen Nation in der verhängnisvollsten Weise. Sie führen dazu, die Spaltung Deutschlands noch weiter zu vertiefen. Mit der durch die Washingtoner Beschlüsse beabsichtigten Eingliederung der Bundesrepublik in den aggressiven Atlantikpakt und der Remilitarisierung wächst die Gefahr, daß Deutschland zum Schauplatz eines unvorstellbar verheerenden Krieges gemacht und das ganze deutsche Volk sein Opfer wird.

Aus diesen Erwägungen heraus hat die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik dem Bundestag vorgeschlagen, eine gesamtdeutsche Beratung abzuhalten, um die Durchführung freier, gesamtdeutscher Wahlen mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands und die dringend notwendige Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern.

Die Ablehnung aller Vorschläge der Regierung und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik durch die Regierung Adenauer und die Mehrheit des Bundestages läßt die Absicht erkennen, jede Verständigung zwischen Ost- und Westdeutschland zu verhindern.

Daraus erwächst den Präsidenten beider Teile Deutschlands entsprechend ihrer hohen Verantwortung gegenüber dem Volke die Pflicht, dafür zu sorgen, daß nicht fremde Entscheidungen über die Schicksalsfragen Deutschlands angerufen werden, sondern in

erster Linie eine Verständigung der Deutschen untereinander erfolgt.

Ich mache Ihnen daher den Vorschlag zu einer Zusammenkunft, in der wir erörtern, wie der Weg gebahnt werden kann zur Einberufung einer gesamtdeutschen Beratung, um eine friedliche Einigung Deutschlands herbeizuführen und den zwingend notwendigen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen.

Was die Überprüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier Wahlen betrifft, so teile ich Ihnen mit, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit der Überprüfung in allen Teilen Deutschlands einverstanden ist. Sie ist aber der Meinung, daß eine solche Überprüfung am besten von den Deutschen selbst durchgeführt werden könnte durch eine aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzte Kommission unter der Viermächtekontrolle von Vertretern der UdSSR, der USA, Englands und Frankreichs.

Ich habe die Hoffnung, daß meine Beweggründe auch für Sie, Herr Präsident, maßgebend sein werden. Als Ort für die Zusammenkunft schlage ich Ihnen Berlin, die Hauptstadt Deutschlands, vor. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir einen möglichst kurzfristigen Termin für die Zusammenkunft mitteilen würden.

Berlin-Niederschönhausen, den 2. November 1951

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez.: *W. Pieck*

### *Zweiter Brief*

Sehr geehrter Herr Präsident!

Mit Bedauern habe ich aus Ihrem Schreiben vom 7. November 1951 entnommen, daß Sie meinem Vorschlage auf eine Zusammenkunft mit mir nicht zustimmen. Bei meinem Vorschlag habe ich mich von der Sorge um die friedliche Zukunft unseres Volkes leiten lassen. Die Verantwortung gegenüber dem deutschen Volke gebietet mir, nichts unversucht zu lassen, die Verständi-

gung zwischen Ost und West unseres Vaterlandes durch eine gesamtdeutsche Beratung zu fördern.

Sie sind mit meiner ablehnenden Beurteilung der Politik der Adenauer-Regierung nicht einverstanden, obwohl diese Politik die Spaltung Deutschlands weiter vertieft und durch die beabsichtigte Eingliederung der Bundesrepublik in den aggressiven Atlantikpakt und durch die Wiederaufrüstung die Gefahr heraufbeschwört, daß Deutschland zum Schauplatz eines verheerenden Krieges gemacht und das ganze deutsche Volk sein Opfer sein wird. Sie erklären, daß mit dieser meiner Beurteilung das von mir „angeregte Gespräch von Anbeginn fragwürdig“ gemacht würde. In der Beurteilung der Politik der Adenauer-Regierung gibt es jedoch Meinungsverschiedenheiten nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern sogar innerhalb des Bundestages und selbst innerhalb der Adenauer-Regierung. Zudem ergibt eine einfache, nüchterne Überlegung: Gäbe es keine Meinungsverschiedenheiten, so gäbe es auch keine Notwendigkeit, den Weg der Verständigung zu suchen. Wenn das ehrliche Streben nach einem einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschland und die aufrichtige Bereitschaft vorhanden sind, die Interessen der Einheit unseres Vaterlandes und die Wiedergewinnung seiner vollen Souveränität höher zu stellen als enge Partei- oder Gruppeninteressen oder als die Wünsche gewisser ausländischer Kräfte, so gibt es kein Hindernis für eine Verständigung.

Ich bin fest davon überzeugt, daß auf einer gesamtdeutschen Beratung eine Verständigung über die zwei entscheidenden Fragen erzielt werden kann:

a) über die Durchführung freier Wahlen zur Nationalversammlung mit dem Ziel der Bildung eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschlands und über das dafür erforderliche Wahlgesetz,

b) über die Forderung nach einer Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Diesen beiden Grundfragen der Existenz und der friedlichen Zukunft unseres Volkes müssen alle Sonderinteressen untergeordnet werden. Darum gebietet den Präsidenten beider Teile Deutschlands ihre hohe Verantwortung, eine Verständigung über diese Lebensfragen der Nation auf das wirksamste zu fördern.

Sie wollen in dem Beschluß der Adenauer-Regierung und der Mehrheit des Bundestages, sich wegen einer Überprüfung der Voraussetzungen für freie Wahlen an die UNO zu wenden, einen „positiven und konstruktiven Vorschlag“ sehen. Indem sich die Adenauer-Regierung mit einem solchen Ersuchen an die UNO wendet, stellt sie das deutsche Volk auf die Stufe eines Kolonialvolkes, wogegen es sich entschieden verwahren wird. Es ist das selbstverständliche Recht der Deutschen, sich selbst über die Durchführung freier Wahlen zu verständigen und die Voraussetzungen dafür in allen Teilen Deutschlands zu prüfen. Außerdem ist es eine Tatsache, daß alle rechtsgültigen internationalen Abkommen, die seit Beendigung des Hitlerkrieges geschlossen wurden, eine Einmischung der UNO in die inneren deutschen Verhältnisse ausschließen.

Meinen Vorschlag, daß eine Überprüfung der Voraussetzungen für die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland am besten von den Deutschen selbst durchgeführt werden kann, und zwar durch eine aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zusammengesetzte Kommission unter der Viermächtekontrolle, bezeichnen Sie als einen Rückschritt. Ich bin jedoch der Meinung, daß eine Verständigung der vier Großmächte über eine friedliche Lösung des deutschen Problems ein bedeutender Fortschritt wäre.

Herr Präsident! Ich habe Ihnen zur Sache geantwortet, ohne auf die Verunglimpfungen und Verdächtigungen gegen die Deutsche Demokratische Republik und mich einzugehen. Ich verzichte auf eine Auseinandersetzung mit solchen Vorwänden, deren Ursprung und Zweck offenkundig ist. Um unseres Volkes und des Friedens willen ist mir die Verständigung das Wichtigste.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
gez.: W. Pieck

„Neues Deutschland“ vom 4. und 24. November 1951.

## Der Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus

Die Annahme des Gesetzes über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik für die Zeit von 1951 bis 1955 durch die Volkskammer am 1. November 1951 ist eine soziale und nationale Tat von historischer Bedeutung. Zum ersten Male in der Geschichte unseres Volkes wird jedem Bürger ein Plan der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung vorgelegt, der für die Gestaltung seines eigenen Lebens und damit unseres ganzen Volkes bestimmend ist. Ein großer Teil unserer werktätigen Menschen erlebte in den letzten 30 bis 40 Jahren das Auf und Ab von Konjunktur und Krise, die Vorbereitung zweier Weltkriege, ihren Verlauf und ihre Folgen als ein anscheinend unabänderliches Gesetz der Natur. Ein neues Beispiel für eine Entwicklung, die im vollen Widerspruch zu den wahren Interessen unseres Volkes steht, erleben wir jetzt in Westberlin und Westdeutschland. So erklärte der Bürgermeister von Westberlin, Ernst Reuter, in einer Rundfunkrede, daß die Westberliner Verwaltung „der ungeheuerlichen Preissteigerung aller Lebensmittel und Bedarfsgüter ohnmächtig gegenübersteht“. Das ist ein bezeichnendes Eingeständnis der Ohnmacht rechter sozialdemokratischer Führer und damit eine Anklage gegen ihre eigene Politik. Das ist aber auch der Versuch eines neuen Betrages gegenüber dem werktätigen Volk. Unser Fünfjahrplan zeigt, daß die Unsicherheit des Arbeiterlebens durch Konjunktur und Krise, das Vorhandensein einer ständigen Arbeitslosenarmee und die willkürlichen Preissteigerungen sofort aufhören, wenn das Volk nicht nur in Worten, sondern in der Tat Herr über seine eigene Wirtschaft ist.

### *Der Plan für jeden und für alle*

Unser Fünfjahrplan bringt die Verdoppelung der industriellen Produktion gegenüber dem Stand von 1936 und sieht die Einbeziehung von weiteren 797 400 Arbeitskräften in unserer Volks-



wirtschaft vor. In Westberlin und Westdeutschland gibt es nur einen Plan der weiteren Strangulierung der Friedensindustrie zugunsten der Kriegsproduktion. Dazu ist bekannt, daß die Zahl der ständigen Arbeitslosen nicht fallen, sondern anwachsen wird.

Unser Fünfjahrplan sieht vor, daß den Arbeitern, Angestellten, Technikern und Ingenieuren ihre Löhne und Gehälter durchschnittlich um 16,5 Prozent in der gesamten Volkswirtschaft, um durchschnittlich 20 Prozent in der Industrie erhöht werden. Dagegen werden die Preise für Nahrungsmittel und Gebrauchsgüter um 28 Prozent gegenüber dem Niveau von 1950 herabgesetzt und die Steuersätze für breite Kreise der Werktätigen gesenkt. Die westdeutschen Politiker müssen heute bereits eingestehen, daß die Preise in Westdeutschland und Westberlin auch weiterhin steigen und neue Steuern den Lebensstandard aller schaffenden Menschen wesentlich herabsetzen werden.

Unser Fünfjahrplan heißt Wiederaufbau der zerstörten Städte und insbesondere der zerstörten Hauptstadt Deutschlands, Berlins. Unser Fünfjahrplan heißt die Modernisierung unserer Großbetriebe, die Errichtung neuer, großer Werke, wie des Hüttenkombinats Ost, des Eisenhüttenwerks West, der Ausbau unserer Werften, der chemischen Industrie und der Werke des Schwermaschinen- und des Fahrzeugbaus. In Westdeutschland gibt es keinen Plan des Auf- und Ausbaus der Industrie. Es gibt nur die eine Gewißheit, daß die amerikanischen Kriegstreiber Kohle, Eisen und Stahl herausschleppen ohne Rücksicht auf die Lebensbedürfnisse unserer westdeutschen Landsleute.

Unser Fünfjahrplan bringt die Steigerung der Hektarerträge und der Viehzucht durch die Anwendung wissenschaftlicher Methoden, Entfaltung der Produktion von landwirtschaftlichen Geräten und künstlichem Dünger. Unsere werktätigen Bauern wissen, daß sie für die von ihnen erzeugten landwirtschaftlichen Produkte einen ständig steigenden Absatz finden werden, weil die Arbeiter, Angestellten, die technische Intelligenz ein immer höheres Lebensniveau erreichen. Die westdeutschen Bauern dagegen wissen bereits heute nicht mehr, wie sie ihre Produkte preiswert verkaufen können, da die Steuerlast immer höher und die Zwangseinfuhr von Lebensmitteln immer größer wird.

Unser Fünfjahrplan führt zur Steigerung der handwerklichen

Produktion von 4424 Millionen DM im Jahre 1951 auf 7078 Millionen DM im Jahre 1955. Damit wird die handwerkliche Erzeugung in der Deutschen Demokratischen Republik einen für das Handwerk bisher unerreichten Umfang annehmen. Die Lage der Handwerker in Westdeutschland und Westberlin verschlechtert sich zusehends und wird durch die ständig steigende Zahl der Konkurse und Schließung der Betriebe gekennzeichnet.

Die Förderung der Wissenschaft in der DDR ist eine der wesentlichen Bedingungen für die Durchführung des Fünfjahrplans. Für wissenschaftliche Forschungs- und Entwicklungsarbeiten sind 790 Millionen DM bereitgestellt. Zur Durchführung des Fünfjahrplans bedarf es der wissenschaftlichen Planung und Forschung auf allen Gebieten. Der Fünfjahrplan verlangt die Verbreitung und Popularisierung der Wissenschaften mit dem Ziel einer allgemeinen Erhöhung des Bildungsniveaus der gesamten Bevölkerung. Die Zahl der Lehrer an den allgemeinen Schulen wird von 75 385 auf 91 100 steigen. Die Zahl der auszubildenden Lehrer wird sich von 8415 auf 24 500 erhöhen. Die Zahl der Studenten an den Arbeiter-und-Bauern-Fakultäten wird von 6693 im Jahre 1950 auf 12 000 erhöht. 1955 werden an unseren Universitäten 43 600 gegen 26 890 Studenten im Jahre 1950 studieren. Die Zahl der Hörer an den Volkshochschulen wird von 305 000 auf eine Million steigen.

In diesen wenigen Zahlen kommen die großen Perspektiven aller Wissenschaftler, Forscher und Gelehrten zum Ausdruck. In der Deutschen Demokratischen Republik wird es kein akademisches Proletariat geben. Hinzu kommt, daß unsere Arbeiter und Bauern auf dem Wege der Aneignung der Wissenschaft und Kultur immer weiter voranschreiten.

Der Fünfjahrplan eröffnet unserer Jugend eine glückliche Zukunft. Jeder Jugendliche, der die Schule verläßt, wird seinen Arbeitsplatz finden. Der Fünfjahrplan schafft alle Voraussetzungen, daß jeder Jugendliche ein Meister seines Faches werden kann. Für die sporttreibende Jugend sieht der Plan 300 Millionen DM für Neubauten vor. Für die Wiederherstellung und den Neubau von Kindergärten, Kinderheimen, Schulen aller Art, Universitäten und Theatern ist die Summe von 1304 Millionen DM veranschlagt.

## Der Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus

„betrifft die Arbeit und das Leben jedes Arbeiters, jedes Bauern, jedes Wissenschaftlers, jedes Jugendlichen, kurz — jedes Bürgers der Deutschen Demokratischen Republik“<sup>1</sup>,

wie der stellvertretende Ministerpräsident und Generalsekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Walter Ulbricht, in seiner Rede vor der Volkskammer am 31. Oktober 1951 völlig richtig erklärte.

### *Die Realität unseres Plans*

Seit der Annahme unseres Fünfjahrplans haben sich einige Schreiberlinge in der westlichen Presse der undankbaren Aufgabe unterzogen, den Plan als reine Propaganda, bar jeder Realität, darzustellen. Die Argumentation dieser Ignoranten des wirklichen Willens und Wollens eines ganzen Volkes ist sehr schwach. Sie wissen nämlich ganz gut, daß schon einmal Fünfjahrpläne als reine Zweckpropaganda bezeichnet wurden. Das war Ende der zwanziger Jahre, als die Sowjetunion dazu überging, ihren ersten Fünfjahrplan des sozialistischen Aufbaus in Angriff zu nehmen. Die kapitalistische Welt hat sich inzwischen davon überzeugen müssen, daß Fünfjahrpläne eines von nationaler und sozialer Unterdrückung freien Volkes sehr reale Dinge sind. Diese Pläne zeichnen sich außerdem dadurch aus, daß sie vorfristig erfüllt werden.

Die Realität unseres Fünfjahrplans wird durch eine Anzahl eherner Tatsachen bestimmt. Solche Tatsachen sind:

1. Die Grundstoffindustrie der Deutschen Demokratischen Republik ist Eigentum des deutschen Volkes. Die Förderung von Kohle und Erzen, die Erzeugung von Stahl und Eisen, die Produktion von Maschinen und Fahrzeugen, die Entwicklung der chemischen und der elektrotechnischen Großindustrie erfolgt nach den Plänen des Volkes, wird von unserem Volke verwirklicht und dient ausschließlich den Bedürfnissen des Volkes.

<sup>1</sup> Walter Ulbricht, „Der Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus“, Berlin 1951, S. 6.

2. In diesen Betrieben haben Arbeiter, Angestellte und die technische Intelligenz volles Mitbestimmungsrecht. Jeder Versuch der Beeinträchtigung wird von Parteien und Gewerkschaften, wird von den Organen der Regierung zurückgewiesen.

3. Ausdruck dieses Mitbestimmungsrechtes der werktätigen Menschen in der volkseigenen Industrie, Ausdruck ihres neuen Verhältnisses zur Produktion ist die breit entfaltete Aktivistenbewegung, die Bewegung zur Steigerung der Produktion, zur Verbesserung der Qualität und zur Senkung der Kosten. Dabei stützt sich unsere Aktivistenbewegung auf die Erfahrungen der modernsten Technik und fortschrittlichsten Arbeitsweise, auf die Theorie und Praxis der sowjetischen Neuerer, auf Arbeiter, Techniker und Gelehrte wie Bykow, Kowaljow, Losinski, Mitschurin und Lyssenko.

4. Die Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik arbeiten auf ihrem eigenen Boden. Der Ertrag der Ernte gehört ihnen. Für die Abgabe an den Staat bestehen klare Gesetze, an deren Ausarbeitung und Durchführung die werktätige Bauernschaft entscheidenden Anteil hat. Das demokratische Dorf befindet sich auf dem Weg zur Anwendung wissenschaftlicher Methoden in der Bodenbearbeitung und in der Viehzucht. Die Existenz der Maschinenausleihstationen erleichtert der werktätigen Bauernschaft ihre Arbeit, hilft ihnen bei der Steigerung der Hektarerträge und gibt dem Bauern die Möglichkeit der eigenen Qualifizierung zu noch besseren Leistungen. Die Errichtung von Kulturhäusern in den Dörfern, die weitere Entfaltung von Partnerschaften zwischen Dörfern und Betrieben wird den kulturellen Unterschied zwischen Stadt und Land weitgehendst beseitigen und ihn schließlich gänzlich aufheben.

5. Die Jugend der Deutschen Demokratischen Republik hat freien Zugang zu allen Bildungsstätten. Einziger Maßstab ist der Wille zum Lernen, die Fähigkeit des Erkennens und die Anwendung des Erlernenen. Die Öffnung der Universitäten und Hochschulen für die Jugend des schaffenden Volkes gibt uns die Gewißheit des Heranwachsens einer großen Zahl von jungen Technikern, Ingenieuren, Agronomen, Wissenschaftlern und Forschern, die durch ihre soziale Herkunft aufs engste mit der werktätigen Bevölkerung verbunden ist.

6. Die Existenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, einer Partei neuen Typus, fest auf dem wissenschaftlichen Boden des Marxismus-Leninismus stehend, sichert der Arbeiterklasse ihre führenden Positionen in der Deutschen Demokratischen Republik, garantiert dem ganzen Volke die Unantastbarkeit der antifaschistisch-demokratischen Ordnung.

7. In der Deutschen Demokratischen Republik haben sich alle Parteien und Massenorganisationen auf das gemeinsame Programm des nationalen Wiederaufbaus geeinigt. Ausdruck dieses Willens zur gemeinsamen Tat ist die einstimmige Annahme des Fünfjahrplans durch die Volkskammer. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland stellt den Block aller friedensgewillten, aller nationalbewußten, aller demokratischen, aller antifaschistischen Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik dar. Über Meinungsverschiedenheiten findet eine freimütige, offene Aussprache statt, bis jene politische Auffassung erarbeitet wurde, die den Interessen des ganzen Volkes dient. Die Zeit des gehässigen Parteienkampfes, der engstirnigen Standespolitik, des Partikularismus und der lokalen Borniertheit ist in der Deutschen Demokratischen Republik für immer überwunden.

### *Gestützt auf die friedliebende Welt*

Diese politischen und wirtschaftlichen Tatsachen ermöglichten die Schaffung der Voraussetzungen für die Ausarbeitung des Fünfjahrplans. Eine der entscheidenden Voraussetzungen war der mit so großem Erfolg vorfristig erfüllte Zweijahrplan der Jahre 1949/1950. Der Zweijahrplan wurde zur Bewährungsprobe für unsere volkseigene Industrie und die staatlichen Verwaltungsorgane, für die Arbeiter, Angestellten, Techniker und Ingenieure. Dank des Enthusiasmus unserer Aktivisten, dank des neuen Schwungs und Elans unserer arbeitsfreudigen Jugend erbrachte die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans den Beweis, daß in der Deutschen Demokratischen Republik alle Bedingungen vorhanden sind, nach einem Wirtschaftsplan zu produzieren und zu verteilen.

Der Erfolg des Zweijahrplans, die Projektierung und Inangriff-

nahme des Fünfjahrplans wären undenkbar gewesen ohne die große materielle und konsultative Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder. Die Sowjetregierung verfolgte konsequent die von Stalin am Tage des Sieges, am 9. Mai 1945, zum Ausdruck gebrachte Politik gegenüber Deutschland:

„Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“<sup>1</sup>

Die Sowjetunion half der deutschen Bevölkerung mit der Lieferung von Getreide, Rohstoffen, Fahrzeugen und technischen Ausrüstungen. Wir danken es der Sowjetunion, wenn wir im Fünfjahrplan die Steigerung des Außenhandels auf 290 Prozent gegenüber 1950 festsetzen konnten. Langfristige Verträge mit der Sowjetunion, mit Polen, der Tschechoslowakei und anderen volksdemokratischen Ländern, der ständige Ausbau des gegenseitigen Warenverkehrs mit dem großen China sind die Grundlage engster Zusammenarbeit und eine sichere Gewähr für die Durchführung unseres Planes. Der Warenaustausch zwischen der Deutschen Demokratischen Republik einerseits, der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern andererseits, unterscheidet sich grundsätzlich von dem Handelsverkehr, wie er zwischen den kapitalistischen Ländern üblich ist. Hier geht es nicht darum, aus Gründen der Konkurrenz sich gegenseitig zu übervorteilen. Das neue Verhältnis besteht darin, durch gegenseitige Hilfe die Fundamente der Friedenswirtschaft weiterhin zu festigen, durch ständigen und wachsenden Erfahrungsaustausch voneinander zu lernen. Der Rat unserer sowjetischen Freunde und unserer Freunde aus den volksdemokratischen Ländern hilft uns, besser und schneller zu produzieren, um besser leben zu können. Der Rat der USA-Imperialisten, der in Form von Befehlen an die westdeutsche Regierung erteilt wird, lautet: Schaffung der Bedingungen für den amerikanischen Krieg, und läuft darauf hinaus, die westdeutsche Industrie und Landwirtschaft zu ruinieren und unsere westdeutschen Landsleute schneller ins Massengrab zu bringen.

Alle friedliebenden Menschen beglückwünschen uns zu unserem Fünfjahrplan und zu seiner Erfüllung.

<sup>1</sup> J. Stalin, „Über den Großen Vaterländischen Krieg der Sowjetunion“, S. 223.

Die Arbeit zur Erfüllung unseres Fünfjahrplans muß allen friedliebenden Menschen, besonders aber unseren besten Freunden, den Völkern der Sowjetunion, den Beweis erbringen, daß wir uns ihres Vertrauens würdig erweisen, wieder zu der Familie friedliebender Völker zu gehören. Jede erreichte Etappe unseres Plans wird die Kräfte zur Erhaltung des Friedens festigen und wird die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Einheit unseres deutschen Vaterlandes verstärken.

Darum muß es die Aufgabe aller Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, insbesondere der Mitglieder der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, sein, den Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus zur Sache jedes Deutschen zu machen. Darum muß sich jeder von uns dessen bewußt sein: Arbeit an der Erfüllung und vorfristigen Erfüllung des Fünfjahrplans — heißt Kampf für die Erhaltung des Friedens und für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands.

*„Tägliche Rundschau“ vom 1. Dezember 1951.*

## Josef Wissarionowitsch Stalin — der beste Freund des deutschen Volkes

Knapp viereinhalb Jahre nach der Niederwerfung des blutbesudelten Hitlerfaschismus, der den Völkern der Sowjetunion so maßloses Leid und unermeßlichen Schaden zugefügt hatte, schrieb Josef Wissarionowitsch Stalin in seiner Grußbotschaft zur Bildung der Deutschen Demokratischen Republik:

*„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gezeigt, daß das deutsche und das sowjetische Volk in diesem Kriege die größten Opfer gebracht haben, daß diese beiden Völker die größten Potenzen in Europa zur Vollbringung großer Aktionen von Weltbedeutung besitzen.“<sup>1</sup>*

So konnte nur der weise und hochherzige Führer der großen Sozialistischen Sowjetunion zum deutschen Volke sprechen. Es ist die Sprache seines besten Freundes. Mit genialer Einfachheit ist hier aus dem letzten Krieg eine Lehre gezogen worden, die jeden Deutschen, der sein Volk und Vaterland liebt, zu höchster Kraftanstrengung für die Verteidigung des Friedens und der Freundschaft mit der großen Sozialistischen Sowjetunion anspornen muß. Aus diesen Worten spricht aber auch die hohe Achtung vor den gesunden nationalen Kräften des deutschen Volkes, vor seinen großen Geistern in Wissenschaft und Kunst, vor seinen großen technischen Fähigkeiten, seiner Liebe zur Arbeit und seiner Freude am gelungenen Werk friedlichen Schaffens. Aus diesen Worten spricht das tiefe Vertrauen, daß das deutsche Volk alle Widerstände und feindlichen Kräfte überwinden, ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland schaffen und somit ganz Europa einen dauerhaften Frieden gewährleisten wird. Von dieser Stalinschen Freundschaft und Achtung für das deutsche Volk ist die Friedenspolitik der Sowjetunion gegenüber Deutschland bestimmt.

<sup>1</sup> „Neues Deutschland“ vom 19. Oktober 1949.



Demgegenüber beraten sich die Westmächte unter Führung der amerikanischen Imperialisten, wie sie die Kräfte des deutschen Volkes, seine Wirtschaft und seine natürlichen Reichtümer für ihre aggressive, gegen das Lager der Friedensstaaten gerichtete Politik mißbrauchen können. Sie haben in Washington 1946 mit dem sogenannten Zweizonenwirtschaftsabkommen die Spaltung Deutschlands eingeleitet. Sie haben in London 1948 mit den Beschlüssen über die separate Währungsreform und das Besatzungsstatut die Spaltung fortgeführt und vertieft und mit dem Ruhrstatut die Hand auf die entscheidenden Wirtschaftskräfte Deutschlands gelegt. Sie haben schließlich in Washington 1951 beschlossen, Deutschland auf unabsehbare Zeit zu spalten, Westdeutschland in den aggressiven Kriegsblock der Atlantikpaktmächte einzubeziehen, die Invasionstruppen in Deutschland zu verstärken und die deutsche Jugend als Kanonenfutter für den von ihnen geplanten imperialistischen Krieg zu mobilisieren. Alles das geschieht, ohne das deutsche Volk zu hören, ohne sein echtes nationales Verlangen nach Einheit und Frieden zu berücksichtigen. Die einzige Stütze, die die westlichen Imperialisten für ihre Politik der Spaltung und des kriegerischen Mißbrauchs in Deutschland fanden, waren jene aggressiven Kräfte des deutschen Monopolkapitals und der deutschen Militärkamarilla, die das deutsche Volk in die grauenhaften Opfer des letzten Krieges gestürzt haben.

Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion ist dagegen auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens und auf die Einheit und nationale Selbständigkeit Deutschlands gerichtet. Bereits auf der Londoner Außenministerkonferenz 1947 forderte der Vertreter der Sowjetregierung die Einladung und Anhörung einer Delegation des deutschen Volkes. Verbunden mit ganz konkreten Vorschlägen für die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland wiederholte die Sowjetregierung diesen Vorschlag auf der Pariser Tagung der Außenminister im Jahre 1949. Auf die Initiative Stalins fand dann im Oktober vorigen Jahres in Prag eine Beratung der Außenminister der Sowjetunion und der europäischen Volksrepubliken statt, zu der auch die Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik eingeladen waren. Die Prager Außenministerkonferenz wandte sich nicht nur gegen die

Remilitarisierung Deutschlands und seine Einbeziehung in jegliche Aggressionspläne sowie gegen den Mißbrauch seiner Wirtschaft für die Aufrüstung, sondern wies auch den Weg zur völligen Wiederherstellung der nationalen Selbständigkeit und Unabhängigkeit eines einheitlichen und friedliebenden Deutschland. Die Ausarbeitung des Friedensvertrages mit Deutschland aber sollte nicht ohne die Vertreter des deutschen Volkes erfolgen. Es sollte kein Friedensdiktat sein, sondern das deutsche Volk, vertreten durch eine gesamtdeutsche Regierung, sollte gehört und seine Stimme beachtet werden. Das war der Sinn des Vorschlages der Prager Außenministerkonferenz, einen gesamtdeutschen konstituierenden Rat aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zu bilden.

Die Dreimächte-Beschlüsse von Washington, wo über das deutsche Volk und über seine Wirtschaftskräfte verhandelt worden war, veranlaßten die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, neue Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verständigung zu machen, um der akut gestiegenen nationalen Gefahr zu begegnen. Diese Vorschläge auf Abhaltung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine deutsche Nationalversammlung und Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages, der den Abzug aller Besatzungstruppen nach sich zieht, fanden die volle und uneingeschränkte Unterstützung der Sowjetunion. Ja, mehr als das, die Delegation der Sowjetregierung wurde zur entschiedensten Verfechterin dieser Forderungen des deutschen Volkes vor der Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen in Paris. Gegenüber den diffamierenden Vorschlägen der imperialistischen Westmächte hat die Sowjetdelegation in Paris die nationale Würde und die politische Selbstbestimmung des deutschen Volkes verteidigt. Es war die Achtung des besten Freundes des deutschen Volkes, die aus der Erklärung der sowjetischen Delegation vor dem Generalausschuß der UNO-Vollversammlung sprach, in der gesagt wurde:

„Drittens kann man Deutschland nicht als eine kulturlose, rechtlose und rückständige Kolonie betrachten, in der es keine politischen Parteien gibt, in der es keine Parlamentswahlen gegeben hat.

In Deutschland besteht seit über 100 Jahren ein parlamentarisches Regime mit allgemeinen Wahlen, mit organisierten politischen Parteien. Deshalb wäre es eine Beleidigung der deutschen Nation, an sie ein solches Ansinnen zu stellen, wie es gewöhnlich an rückständige Länder wie Tunis oder Marokko gestellt wird.“<sup>1</sup>

Herr Acheson als Sprecher der amerikanischen Imperialisten mag die europäischen Länder nur als Menschen- und Rüstungsreservoir für seine aggressive Kriegspolitik betrachten. Die Politik der Sowjetregierung hingegen wird allen Völkern gegenüber bestimmt vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen, das Stalin theoretisch begründet und an der Spitze der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und des Sowjetstaates seit mehr als einem Vierteljahrhundert konsequent und erfolgreich in die Tat umgesetzt hat. Stalin war es, der das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verteidigte, als er in Jalta und Potsdam gegen die Spaltungs- und Zerreißungspläne der imperialistischen Staatsmänner der USA und Großbritanniens auftrat. Ihm verdankt es das deutsche Volk, wenn ihm im Potsdamer Abkommen, das bis heute das einzige gültige internationale Abkommen über Deutschland ist, die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands zugesichert worden ist. Unter Stalins Führung ist die Sowjetregierung heute auch der stärkste und uneigennützigste Helfer und Freund des deutschen Volkes in seinem Kampf um die Wiederherstellung der nationalen Einheit und um den Abschluß eines Friedensvertrages, der ihm seine nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit wiedergibt. Daraus erwächst für das deutsche Volk die überragende gesamt-nationale Bedeutung der aufrichtigen Freundschaft zu Stalin.

Liebe und Verehrung für Stalin erfüllen heute nicht nur alle jene Deutschen, die mit ihm durch die gemeinsame marxistisch-leninistische Weltanschauung verbunden sind, sondern alle nationalgesinnten Deutschen, die den Kampf um die Rettung Deutschlands vor der amerikanisch-englischen Aggressionspolitik führen, die in einem einheitlichen, demokratischen und unabhängigen Deutschland auch eine der stärksten Garantien für

---

<sup>1</sup> „Tägliche Rundschau“ vom 13. November 1949.

den Frieden Europas sehen. Ihrer aller Gedanken und herzliche Glückwünsche für Gesundheit und langes Leben gelten heute, an seinem 72. Geburtstag, J. W. Stalin, dem besten Freund des deutschen Volkes, dem genialen Führer der großen Sozialistischen Sowjetunion und kühnen Bannerträger des Weltfriedenslagers.

*„Tägliche Rundschau“ vom 21. Dezember 1951.*

# Neujahrsbotschaft an das deutsche Volk

1952

Deutsche Männer und Frauen in Stadt und Land!

Deutsche Jugend!

Liebe Freunde!

Unter dem Tannenbaum, der in wenigen Stunden ins neue Jahr hineinleuchten wird, war für viele Menschen der Gabentisch am Weihnachtsabend reicher, vielseitiger und schöner gedeckt als seit langen Jahren. Die schaffenden Menschen unserer Deutschen Demokratischen Republik können das alte Jahr fröhlich und voll Stolz auf die vollbrachten Leistungen verabschieden. Arbeitsfreudig und voll Zuversicht blicken wir alle in das neue Jahr. Was wir uns vor einem Jahr vorgenommen hatten, wir haben es geschafft — und noch etwas mehr dazu.

Die Industrie unserer Republik hat im ersten Jahr des Fünfjahrplans ihre vorgesehene Leistung zu etwa 104 Prozent erfüllt, was wir in erster Linie den großen Anstrengungen unserer Arbeiter zu danken haben. Die Landwirtschaft hat im Ackerbau hohe Erträge erzielt und den Viehbestand beträchtlich vermehrt. Diese erfolgreiche Verwirklichung des Volkswirtschaftsplans 1951 ist das große Werk gemeinsamen Schaffens, bei dem sich die Aktivisten und Helden der Arbeit, die Neuerer und Erfinder, Techniker und Wissenschaftler besonders ausgezeichnet haben. Sie schaffen in dem stolzen Bewußtsein, dem großen Werk des Neuaufbaus unserer deutschen Wirtschaft und Kultur zu dienen. Sie schaffen in dem Bewußtsein, daß ihr Mühen und Forschen, ihr Planen und Verbessern der Allgemeinheit und nicht zuletzt ihnen selbst zugute kommt.

Dieses neue Verhältnis zur Arbeit, diese lebendige Anteilnahme an der bestmöglichen Lösung der Produktionsaufgaben jedes Betriebes oder Werkes hat im vergangenen Jahr neue, breite Schichten der Werktätigen erfaßt. Die Erfolge unserer Arbeit und Politik haben sie überzeugt und angespornt. Fünf Preis-

senkungen sowie Steuervergünstigungen und erhöhte staatliche Mittel für das Sozialwesen, die Gesundheitspflege und die Kultur haben im vergangenen Jahr die Lebenshaltung unserer Bevölkerung beträchtlich verbessert. Das ist ein erfreuliches und zu neuen Anstrengungen ermunterndes Ergebnis unserer friedlichen Arbeit im verfloßenen Jahr.

Im neuen Jahr stehen uns weitere große Aufgaben bevor. Im Gesetzentwurf für den Volkswirtschaftsplan 1952, den die Volkskammer noch im Januar beraten wird, ist das kommende Jahr als das entscheidende Jahr des Fünfjahrplans bezeichnet worden. Haben wir bereits im vergangenen Jahr begonnen, die Grundlagen unserer Volkswirtschaft, den Bergbau, das Hüttenwesen, den Schwermaschinenbau und die Energieversorgung auszubauen, so müssen die entscheidenden Aufgaben für den Aufbau dieser Industriezweige im neuen Jahr im wesentlichen gelöst werden. Dennoch soll die gesamte industrielle Erzeugung im kommenden Jahr um mehr als ein Drittel höher sein als 1950. Diese großen Aufgaben machen es erforderlich, daß in vertrauensvollem Zusammenwirken der Arbeiter und Meister mit den Technikern und Wissenschaftlern neue Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren, bessere Konstruktionen und neue Hilfsstoffe entwickelt werden. Sie erfordern höchste Sparsamkeit im Verbrauch von Kohle, Elektroenergie und Rohstoffen sowie die volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit unserer Betriebe und Anlagen. Dabei wird der Wettbewerb der entscheidende Hebel sein, um die Produktivität der Arbeit zu steigern und die Selbstkosten zu senken.

Unser Volkswirtschaftsplan 1952 sieht beträchtliche Erhöhungen des Verbrauchs sowohl an Industriewaren als auch an landwirtschaftlichen Produkten vor. In der Landwirtschaft ist darum neben der weiteren Steigerung der Anbauerträge eine noch stärkere Entfaltung der Viehzucht und die Erhöhung ihrer Leistungen zu erzielen. In den Maschinenausleihstationen und auf den Volksgütern wird der Wettbewerb entscheidend dazu beitragen, neue Anbau- und Arbeitsmethoden zu finden und einzubürgern, um den Ertrag zu steigern und den bäuerlichen Wirtschaften aufs beste zu helfen. Der Wettbewerb zwischen Dörfern oder zwischen bäuerlichen Genossenschaften wird die Bauern anspornen, sich

mit den neuesten Errungenschaften der modernen Landwirtschaftswissenschaft, vor allem mit den Erfolgen der sowjetischen Agrarwissenschaft, vertraut zu machen.

Die Erfüllung der Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplans 1952 wird es der Regierung ermöglichen, die Politik der Preissenkungen konsequent fortzuführen und dabei für beste Qualität und richtige Auswahl der Verbrauchsgüter zu sorgen. Die Entfaltung des Handels, eine bessere Verteilung der anwachsenden Warenmenge auf alle Gebiete der Republik, die breite Anwendung des Leistungslohnes und weitere soziale Verbesserungen — alles das wird auch im kommenden Jahr die Lebenshaltung unserer Bevölkerung ständig verbessern.

Zu den großen Aufgaben des Jahres 1952 gehört der Aufbau unserer Hauptstadt Berlin. In dem Vorschlag, den das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 25. November zur öffentlichen Diskussion stellte, werden alle Deutschen zur tätigen Mitarbeit aufgefordert. Die Enttrümmerung und der Aufbau Berlins erfordern erhebliche finanzielle Mittel und große Mengen an Baumaterial, die über die Planziele hinaus aufgebracht werden müssen. Ich habe die feste Überzeugung, daß dieser imposante Aufbauplan unter Mithilfe der gesamten Nation erfolgreich verwirklicht wird und Berlin ein Gepräge erhält, das der Hauptstadt eines einheitlichen, friedlichen und demokratischen Deutschlands würdig ist.

Bei allen Erfolgen unserer Deutschen Demokratischen Republik muß doch gesagt werden, daß wir alle Aufgaben noch schneller und erfolgreicher lösen werden, wenn wir die Mängel und Schwächen beheben, die unserem Staats- und Verwaltungsapparat noch anhaften, und die sich auch in den Parteien, Gewerkschaften und anderen demokratischen Massenorganisationen zeigen. Um sie aufzudecken und zu beseitigen, ist es notwendig, Kritik und Selbstkritik breit und kühn zu entfalten. Die Leiter und Mitarbeiter unserer staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltungen, der Parteien und Massenorganisationen, wie hoch sie auch gestellt sein mögen, dürfen nie vergessen, daß jeder Bürger unserer Republik das gute Recht, ja sogar die Pflicht hat, Mängel und Fehler in der Tätigkeit einzelner wie auch ganzer Verwaltungen offen zu kritisieren. Nur durch die aktive Teilnahme

breitester Bevölkerungskreise wird es gelingen, die gesamte Arbeit des Staats- und Wirtschaftsapparates zu verbessern, den Bürokratismus auszumerzen und die Feinde unseres friedlichen Aufbaus zu schlagen.

Das neue Jahr stellt uns also auf allen Gebieten des Aufbaus unserer Republik wichtige und große Aufgaben. Wir gehen an ihre Lösung mit der beglückenden Gewißheit, daß unsere Arbeit und unser Planen der friedlichen Zukunft unseres Volkes, dem Glück unserer Kinder dient. Wir haben diese Gewißheit, weil wir im großen Lager des Friedens stehen, dessen mächtige Führerin die Sozialistische Sowjetunion ist. Durch unsere Friedenspolitik und durch die deutsche Friedensbewegung nehmen wir teil an dem weltumspannenden Kampf für das von der Sowjetregierung geforderte absolute Verbot der Atomwaffe und eine wirksame internationale Kontrolle seiner Durchführung, für eine allgemeine Abrüstung und den Abschluß eines Friedenspaktes der fünf Großmächte. Entsprechend der Weisung Stalins, des kühnen Bannerträgers des Weltfriedens, leisten wir unseren Beitrag dazu, daß

„die Völker die Sache der Erhaltung des Friedens in ihre Hände nehmen und den Frieden bis zum äußersten verteidigen“<sup>1</sup>.

Mit den Staaten des Friedenslagers verbinden uns langfristige Verträge und Abkommen und eine enge freundschaftliche Zusammenarbeit. Sie hilft uns, durch gegenseitige Lieferungen, durch den Erfahrungsaustausch in Wirtschaft und Technik, Wissenschaft und Kunst unser großes Aufbauwerk erfolgreich zu vollbringen. Den Haß und die Feindschaft, die von den deutschen Imperialisten gegen andere Völker, besonders gegen unsere unmittelbaren Nachbarn, geschürt wurden, haben wir überwunden und neue gutnachbarliche Beziehungen zu diesen Völkern hergestellt. Die Begeisterung und Herzlichkeit, mit der Boleslaw Bierut, der Präsident der Republik Polen, bei seinem Besuch in unserer Republik aufgenommen wurde, kennzeichnen den tiefen Wandel, der sich im Verhältnis unserer beiden Staaten zueinander vollzogen hat. Ebenso eindrucksvoll war die herzliche Aufnahme, die mir und meinen Begleitern beim Staatsbesuch in Prag

<sup>1</sup> „Einheit“, 6. Jahrgang, Heft 3, 1951.



bereitet wurde. Sie zeugt davon, daß uns auch mit der Tschechoslowakischen Republik feste Freundschaft und der gemeinsame Kampf für die Erhaltung des Friedens in Europa verbindet.

Diese neuen, freundschaftlichen Beziehungen zu anderen Völkern sind bei uns jedoch nicht nur Sache der Regierung und der Diplomaten. Aus der Sowjetunion und den Volksrepubliken kamen die besten Stachanowarbeiter, Techniker, Gelehrte und Künstler zu uns. Sie vermittelten ihre Erfahrungen, ihr Wissen und ihre künstlerischen Leistungen unseren schaffenden Menschen. Nicht wenige unserer besten Arbeiter, Wissenschaftler und Künstler hatten ihrerseits Gelegenheit, die große Sozialistische Sowjetunion und die Volksrepubliken zu besuchen. So erhält die Freundschaft der Völker eine breite und feste Basis.

Unvergeßliche Tage der Völkerfreundschaft waren für uns alle die Weltfestspiele der Jugend und Studenten, die mit ihren mehr als zwei Millionen Teilnehmern zur mächtigsten Friedensdemonstration geworden sind, die Deutschland je gesehen hat. Unserer Jugend wollen wir auch im kommenden Jahr alle Bedingungen für ihre geistige und körperliche Entwicklung zu vollwertigen Erbauern unseres neuen Lebens und zu tapferen Verteidigern des Friedens schaffen. Gerade in der Sorge um die Jugend kommt der ganze Unterschied zwischen unserer friedlichen Aufbauarbeit und den Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland zum Ausdruck. Bei uns wird rund eine Viertelmillion Jugendlicher neue Möglichkeiten zum Lernen und zu schöpferischer Arbeit erhalten. In Westdeutschland aber soll mehr als eine Viertelmillion junger Menschen im neuen Jahr den Gestellungsbefehl erhalten, um für den Krieg und die Zerstörung gedrillt zu werden. Das zu verhindern, ist die gemeinsame Aufgabe aller Deutschen.

Das Jahr 1951 war ein Jahr gesteigerten Kampfes gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland. Der gemeinsame Kampf der friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland hat die Pläne der Kriegstreiber durch-einandergebracht und die rasche Verwirklichung ihrer Absichten vereitelt. Aus Furcht vor dem Friedenswillen der westdeutschen Bevölkerung trat die Bonner Regierung die elementarsten demokratischen Rechte und Freiheiten mit Füßen. Unter Bruch des Bonner Grundgesetzes verbot sie die Volksbefragung gegen

die Remilitarisierung. Ungeachtet dessen lehnte es die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung ab, Westdeutschland zum Kriegsschauplatz und seine Jugend zu Kanonenfutter für einen amerikanischen Krieg machen zu lassen. Die großen Kämpfe der Berg-, Metall- und Hafendarbeiter fanden die Zustimmung aller friedliebenden Deutschen, weil sie sich gegen die Lasten der Kriegswirtschaft richteten. Die Gestellung deutscher Truppen für die Europa-Armee Eisenhowers und die wirtschaftliche Aufrüstung aber bedrohen die schaffenden Menschen Westdeutschlands im kommenden Jahr mit weiter steigenden Preisen und neuen Steuererhöhungen, mit Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit und Lahmlegung der Friedensindustrie.

Ich möchte mich in diesem Zusammenhang besonders an die sozialdemokratischen Arbeiter und die Gewerkschafter wenden. Laßt euch nicht durch die Scheinopposition eurer Partei- und Gewerkschaftsführung täuschen. Sie sind für „die Gleichheit der Opfer“ in der Europa-Armee Eisenhowers. Sie wollen euch weismachen, man könne die von Amerika geforderte Aufrüstung betreiben, ohne die Preise und Steuern zu erhöhen, ohne die Lebenslage aller Werktätigen zu verschlechtern. Sie wollen euch einreden, man müsse zum Krieg rüsten, um den Frieden zu erhalten. Diese Irreführung hat auch Goebbels betrieben, und das ganze deutsche Volk hat sie mit Tod und Ruinen, Elend und Not bezahlen müssen. Der Friede wird nur erhalten werden, wenn ihr im gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten und allen anderen friedlichen Deutschen die Remilitarisierung verhindert, die Einheit Deutschlands erkämpft und den Abschluß eines Friedensvertrages mit einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschland erzwingt.

In der Deutschen Demokratischen Republik ergab die Volksbefragung im Mai dieses Jahres ein machtvolles und einmütiges Bekenntnis zu unserer Friedenspolitik, die auf die friedliche Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gerichtet ist. Entsprechend diesem Vertrauensbeweis der Bevölkerung schlugen Regierung und Volkskammer unserer Republik eine gesamtdeutsche Beratung aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands vor. Sie sollte eine Verständigung darüber erzielen, wie gesamtdeutsche freie Wahlen für eine Nationalversammlung zur Wie-

derherstellung der Einheit Deutschlands durchzuführen sind, und wie der Abschluß eines Friedensvertrages beschleunigt werden kann, der mit dem darauffolgenden Abzug aller Besatzungstruppen die volle Souveränität Deutschlands wiederherstellt. Auch ich habe mich an den Präsidenten der Bundesrepublik, Heuß, mit dem Vorschlag einer Zusammenkunft gewandt, um zu erörtern, wie die gesamtdeutsche Beratung herbeigeführt werden kann.

Obwohl unsere Vorschläge in ganz Deutschland einen nachhaltigen und immer stärker werdenden Widerhall fanden, wurden sie von Adenauer und dem Bundestag wie auch von Heuß abgelehnt. Adenauer und seine Hintermänner wollen keine gesamtdeutschen Wahlen, sondern die Remilitarisierung und die Einbeziehung Westdeutschlands in den aggressiven Kriegsblock der Atlantikmächte. Darum hat Adenauer ohne Zustimmung und hinter dem Rücken des Bundestages in Paris den Generalvertrag mit den drei Westmächten gebilligt. Der Sinn dieses Generalvertrages ist es, Deutschland auf unabsehbare Zeit zu spalten, deutsche Divisionen für die Europa-Armee zu stellen, Westdeutschland zum Aufmarschgebiet für den amerikanischen Krieg zu machen, die westdeutsche Industrie durch den Schumanplan so zu fesseln, daß sie nur noch für die Aufrüstung arbeitet und der westdeutschen Bevölkerung die doppelte Last der Aufrüstung und der Besatzung aufzubürden. Um diese Kriegspolitik ungestört durchführen zu können, betreibt die Adenauer-Regierung das Verbot der Kommunistischen Partei, die seit ihrer Gründung konsequent und standhaft den Kampf gegen alle Kriegsvorbereitungen führt und darum unter der Hitlerdiktatur am grausamsten verfolgt wurde. Mit dem geplanten Verbot der Kommunistischen Partei beweist Adenauer am eindeutigsten, daß er keine freien gesamtdeutschen Wahlen will.

Vor dem anschwellenden Einheits- und Friedenswillen der westdeutschen Bevölkerung suchte Adenauer Zuflucht bei den Hohen Kommissaren. Durch ihre Vermittlung forderte er von der Generalversammlung der Organisation der Vereinten Nationen eine Überprüfung der Bedingungen für gesamtdeutsche Wahlen. Die Entsendung unserer Regierungsdelegation nach Paris hat jedoch Adenauer samt seinen Hintermännern einen Strich durch die

Rechnung gemacht. Sie vertrat in der eindrucksvollsten Weise den Standpunkt des friedliebenden, demokratischen Deutschlands. Sie lehnte die Bildung einer Überprüfungscommission der UNO als eine rechtswidrige Einmischung in die inneren Angelegenheiten des deutschen Volkes entschieden ab.

In der Verteidigung seines nationalen Selbstbestimmungsrechtes und seines Rechtes auf einen Friedensvertrag fand das deutsche Volk auch in Paris wieder in der Delegation der Sowjetunion einen warmherzigen und uneigennütigen Fürsprecher. Dagegen beweist der Beschluß der amerikanischen Mehrheit der UNO mit aller Deutlichkeit, daß die Westmächte und ihre Adenauer-Regierung keine freien gesamtdeutschen Wahlen wollen, weil sie die Entscheidung des deutschen Volkes über ihre Kriegs- und Ausplünderungspolitik fürchten. Freie gesamtdeutsche Wahlen wird es nur geben, wenn die Deutschen aus Ost und West unseres Vaterlandes sich über ihre Durchführung selber verständigen. Dann werden die quer durch Deutschland gezogenen Grenzen fallen, dann wird die Einheit unseres Vaterlandes wiederhergestellt.

Regierung und Volkskammer unserer Republik werden auf dem Weg der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands kühn und entschlossen weitergehen. Wir werden uns weder mit den Machenschaften der Adenauer-Regierung noch mit den Beschlüssen der amerikanischen UNO-Mehrheit zur Verhinderung gesamtdeutscher Wahlen abfinden. Wir werden weitere Schritte unternehmen, um die gesamtdeutsche Verständigung über die Durchführung freier und gleicher Wahlen in ganz Deutschland allen Widerständen zum Trotz dennoch herbeizuführen. Es ist die große Aufgabe aller demokratischen und vaterlandsliebenden Deutschen in Ost und West unserer Heimat, im Jahre 1952 die große nationale Bewegung für eine gesamtdeutsche Verständigung so zu verstärken, daß keine Winkelzüge und fremden imperialistischen Einmischungen sie aufhalten können. Dann wird das Jahr 1952 das Jahr des Zusammenschlusses der deutschen Nation, das Jahr der Wiederherstellung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen und unabhängigen Deutschlands sein.

Zur Erreichung dieses großen Zieles durch unsere gemeinsamen Kraftanstrengungen wünsche ich Ihnen, meine Landsleute in Ost und West unserer deutschen Heimat, ein frohes und gesundes neues Jahr!

„Neues Deutschland“ vom 1. Januar 1952.

## Lenin — der große Kämpfer für den Frieden

Lenins Lehren vom gerechten und ungerechten Krieg, von der Notwendigkeit des Kampfes des ganzen Volkes gegen den reaktionären Krieg, von der Möglichkeit der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gehören zu den wichtigsten Prinzipien im Kampf um die Erhaltung des Friedens. Lenins wissenschaftliche Analyse der imperialistischen Epoche, seine geniale Anleitung zum Kampf gegen Imperialismus und imperialistischen Krieg sind heute so gültig wie damals.

Lenin wandte sich 1907 auf dem Stuttgarter Kongreß der II. Internationale gegen die von August Bebel vorgelegte „einseitige, dogmatische, tote Resolution“, die im Geiste der Opportunisten ausgelegt werden konnte. Er brachte zusammen mit Rosa Luxemburg die berühmten Zusatzanträge ein, die der Stuttgarter Resolution ihre historische Bedeutung gaben. Nach der ausdrücklichen Festlegung der Verpflichtung aller sozialdemokratischen Parteien, den Massen den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft darzulegen, die Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen, die hierfür beantragten Mittel zu verweigern, die Jugend der Arbeiterklasse im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus zu erziehen, beschloß der Kongreß:

„Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.“<sup>1</sup>

Lenin hat seine Thesen, die dieser Resolution zugrunde gelegt wurden, später zur geschlossenen Lehre über den Kampf gegen

<sup>1</sup> „Internationaler Sozialistenkongreß“, S. 66.

den imperialistischen Krieg entwickelt und sie in der Losung konkretisiert:

*„Verwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg!“*

Lenin zeigte, wie diese Verwandlung vollzogen werden kann. Voraussetzung ist die Ablehnung der Kriegskredite, der Kampf gegen den Chauvinismus der „eigenen“ Bourgeoisie und keine Beschränkung auf legale Kampfesformen, „nachdem . . . die Bourgeoisie die von ihr geschaffene Legalität selbst aufgehoben hat“, der bewaffnete Kampf gegen die imperialistische Bourgeoisie. Sein grundlegender Artikel vom 1. November 1914 schließt mit den historischen Sätzen:

„Der III. Internationale steht die Aufgabe bevor, die Kräfte des Proletariats zu organisieren zum revolutionären Ansturm gegen die kapitalistischen Regierungen, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder für die politische Macht, für den Sieg des Sozialismus!“<sup>1</sup>

## I

Lenins Wirken in den Jahren 1914 bis 1917 war von dem Bestreben bestimmt, allen Kräften, die bereit waren, gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen, konkrete Losungen und Ziele zu stellen. Er stützte sich dabei immer wieder auf die grundlegenden Erkenntnisse von Marx und Engels, auf die Erfahrungen der Arbeiterklasse im Deutsch-Französischen Krieg 1870/1871 und auf die Resolution des Stuttgarter Kongresses.

„Die revolutionäre Klasse kann in einem reaktionären Kriege nicht umhin, die Niederlage ihrer eigenen Regierung zu wünschen“<sup>2</sup>,

so lautet der erste Satz in seinem am 26. Juli 1915 geschriebenen Artikel. Damit demaskierte Lenin jene Demagogen wie Trotzki, die das Proletariat vor dem Kampf gegen den Krieg durch die Losung „Weder Sieg noch Niederlage!“ zurückhalten wollten. Diese trotzkistische Losung bezeichnete Lenin als eine Rechtfertigung des Chauvinismus aller imperialistischen Regierungen. Jede Bourgeoisie, so erklärte Lenin, behauptet, daß sie nur gegen

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Über den Kampf um den Frieden“, Dietz Verlag, Berlin 1951, S. 31/32.

<sup>2</sup> Ebenda, S. 47.

die Niederlage kämpfe. Wenn also Sozialisten die Losung aufstellen „Weder Sieg noch Niederlage!“, dann bedeutet das die Unterstützung des imperialistischen Krieges.

Lenin führte einen prinzipiell scharfen Kampf gegen jede Auffassung, die in irgendeiner Form den Klassencharakter des imperialistischen Krieges zu verwischen drohte. Sein Artikel vom August 1915 „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ ist deshalb von aktuellster Bedeutung. Lenin schrieb darin:

„Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Ubereinkommen über die Teilung der Kolonien. Aber unter kapitalistischen Verhältnissen ist jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich. Der Milliardär kann das ‚Nationaleinkommen‘ des kapitalistischen Landes mit jemand anderem nur in einer bestimmten Proportion teilen: ‚nach Kapitalhöhe‘ (außerdem noch mit einem Zuschlag, damit das größte Kapital mehr bekommt, als ihm gebührt).“<sup>1</sup>

Diese Analyse Lenins trifft heute buchstäblich auf den sogenannten Schumanplan zu. Wenn die Schumacher, Ollenhauer und Konsorten in Westdeutschland gegen diesen Plan opponieren, dann keineswegs aus grundsätzlicher Ablehnung seines imperialistischen Charakters, sondern weil sie im Auftrage und im Interesse der westdeutschen Konzernherren eine andere, für das westdeutsche Kapital günstigere Proportion der Machtaufteilung verlangen.

Nach dem ausdrücklichen Hinweis, daß die zeitweiligen Machtverhältnisse sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung ständig verändern, kam Lenin zu der Schlußfolgerung:

„Unter dem Kapitalismus ist gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung der einzelnen Wirtschaften und der einzelnen Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine anderen Mittel zur zeitweiligen Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.“<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, S. 752.

<sup>2</sup> Ebenda,



Damit widerlegte Lenin die verlogene Phrase von der Möglichkeit des dauernden Ausgleichs der kapitalistischen Widersprüche und der Aufhebung der Gegensätze zwischen den großen imperialistischen Staaten. In dieser Lehre Lenins finden wir auch heute die Basis für unseren Kampf gegen den Schumanplan und gegen seine offenen und versteckten Befürworter. Aus dem grundsätzlichen Kampf für die Ablehnung dieses amerikanischen Plans zur Ausplünderung der westdeutschen und französischen Werktätigen ergibt sich die konkrete Aufgabenstellung: Herstellung der Aktionseinheit zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen und christlichen Arbeitern gegen die fortwährende Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen, Schaffung der breitesten nationalen Front zur Erzwingung freier Wahlen zu einer deutschen Nationalversammlung. Die Losung „Das deutsche Volk braucht keinen Schumanplan, sondern einen Friedensvertrag zur Wiederherstellung seiner nationalen Einheit und Unabhängigkeit!“ stellt die konkrete Anwendung Leninscher Erkenntnisse dar.

## II

Um die Jahreswende 1916/1917 entwickelte Lenin eine weitere geniale Analyse und Prognose. Keiner imperialistischen Gruppe war es gelungen, das eindeutige Übergewicht zu erringen. Unter dem Druck der Massenstimmung begannen die kriegführende Bourgeoisie und ihre Papageien, die Sozialchauvinisten, vom Frieden zu reden. Lenin bezeichnete in seinem Artikel „Eine Wendung in der Weltpolitik“ diese Situation als eine Wendung in der

„Weltpolitik vom imperialistischen Krieg, der den Völkern das größte Elend und den größten Verrat am Sozialismus durch die Herren Plechanow, Albert Thomas, Legien, Scheidemann und andere beschert hat, zum imperialistischen Frieden, der die Völker mit dem größten Betrug durch schöne Phrasen, halbe Reformen, halbe Zugeständnisse usw. zu belohnen hat“<sup>1</sup>.

Lenin warnte mit aller Eindringlichkeit vor dem neuen Massenbetrug. Er wies auf das heroische Beispiel Karl Liebknechts hin,

<sup>1</sup> W. I. Lenin, „Über den Kampf um den Frieden“, S. 115/116.

der von der Tribüne des Reichstags an die Massen die Aufforderung richtete: „Wendet die Waffen gegen eure Klassenfeinde im eigenen Land!“ Auch diesen Artikel schloß Lenin mit den kühnen, prophetischen Worten, daß es allein von der Kraft der revolutionären Bewegung abhängen wird, ob es zu einem imperialistischen Waffenstillstand oder zu einem wirklichen dauerhaften und einem wirklichen demokratischen Frieden kommen wird.

Einige Wochen später brach im zaristischen Rußland die Revolution aus. In seinen „Briefen aus der Ferne“ erklärte Lenin:

„Die erste vom imperialistischen Weltkrieg erzeugte Revolution ist ausgebrochen. Diese erste Revolution wird sicher nicht die letzte sein.“<sup>1</sup>

Die Februarrevolution brachte zwar den Sturz des Zarismus, aber nicht das Ende des Krieges. Die Provisorische Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten wollte die Fortsetzung des Krieges bis zum siegreichen Ende. Gegen diese Politik kämpfte die bolschewistische Partei unter Führung Lenins und Stalins mit großem Erfolg. Von der einfachen, jedem werktätigen Menschen verständlichen und ihn deshalb überzeugenden Sprache zeugt ein Artikel Lenins Mitte Oktober 1917, in dem es heißt:

„Wenn die Sowjets die Macht haben, so wird . . . allen kriegführenden Völkern *ein gerechter Friede angeboten werden*. Wir werden in Rußland eine *Arbeiter- und Bauernregierung* haben, die *unverzüglich*, ohne einen Tag zu verlieren, *allen kriegführenden Völkern einen gerechten Frieden anbieten wird* . . .

Man darf *keinen einzigen Tag* mehr dulden, daß die Bauern mit Waffengewalt niedergeschlagen werden, daß Tausende und aber Tausende im Krieg umkommen, während man sofort einen *gerechten Frieden* anbieten kann und muß.“<sup>2</sup>

Dieser Artikel Lenins schließt mit der Losung

„*Alle Macht* den Sowjets der Arbeiter-und-Soldaten-Deputierten!“

Unter dieser Losung führte die bolschewistische Partei die Massen am 7. November 1917 zum Sieg.

<sup>1</sup> W. I. Lenin, *Ausgewählte Werke* in zwei Bänden, Bd. I, S. 887.

<sup>2</sup> W. I. Lenin, „Über den Kampf um den Frieden“, S. 165 und 166.

### III

Nachdem sich unter der Führung Lenins die Sowjetregierung, der Rat der Volkskommissare, konstituiert hatte, legte sie dem II. Sowjetkongreß das Dekret über den Frieden vor. Auf der Grundlage des einstimmig angenommenen Dekrets wandte sich die Regierung Lenins, die erste Arbeiter- und Bauernregierung der Welt, an alle kriegführenden Mächte zum sofortigen Abschluß eines Waffenstillstandsvertrages. Gleichzeitig rief Lenin die Arbeiterklasse in Deutschland, England, Amerika und Frankreich auf, die Sache der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges in die eigenen Hände zu nehmen und damit die Befreiung der werktätigen und unterdrückten Volksmassen von jeder Sklaverei und Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.

Am 7. November 1917 erbrachte in Rußland die siegreiche Arbeiterklasse den historischen Beweis, daß es durch eine das gesamte Volk erfassende Erhebung möglich ist, den imperialistischen Krieg gegen den Willen der eigenen Bourgeoisie zu beenden. Die Bolschewiki erfüllten ihre internationale Verpflichtung, die sich aus den Beschlüssen des Stuttgarter Kongresses ergab.

Der 7. November 1917 ist die Krönung des Kampfes Lenins gegen den Krieg und um den Frieden. Die Errichtung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates entzog ein Sechstel der Erde dem Machtbereich der imperialistischen Mächte. In seiner Rede „Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution“ kennzeichnete Lenin in genialer Weise die gewaltige, welthistorische Bedeutung des Sieges der von ihm geschaffenen bolschewistischen Partei und der Errichtung der Diktatur des Proletariats.

„Die erste bolschewistische Revolution“, sagte er, „hat die ersten hundert Millionen Menschen auf der Erde dem imperialistischen Kriege, dem imperialistischen Frieden entrissen. Die folgenden Revolutionen werden die ganze Menschheit diesen Kriegen und diesem Frieden entreißen.“<sup>1</sup>

Darum führte Lenin einen harten, kompromißlosen Kampf zur Sicherung und Festigung des ersten Arbeiter- und Bauernstaates.

<sup>1</sup> W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. II, Dietz Verlag, Berlin 1953, S. 889.

Es galt, die innere Konterrevolution niederzuhalten und sich gegenüber der ausländischen Intervention zu behaupten. Lenins Politik gegenüber den imperialistischen Staaten, insbesondere gegenüber Deutschland, zeugt von einer genialen Taktik des internationalen Klassenkampfes. Obwohl Trotzki durch seinen Verrat bei den Brester Friedensverhandlungen dem Sowjetstaat großen Schaden zufügte, gelang es Lenin durch den Abschluß des schweren Friedensvertrages, dem jungen Sowjetstaat eine Atempause zu verschaffen. Diese Atempause reichte aus, um die wirtschaftlichen und militärischen Kräfte der Arbeiter- und Bauernrepublik zu formieren.

Dem deutschen Proletariat bot sich die Chance, durch seine eigene Revolution für immer die Grundlagen der imperialistischen Herrschaft der deutschen Konzerne und Junker zu zerschlagen. Aber der deutschen Arbeiterklasse fehlte im entscheidenden historischen Moment die revolutionäre marxistische Massenpartei, die imstande gewesen wäre, die Massen zum Siege über die Herrschaft der Junker und Konzernherren zu führen und damit die Voraussetzung für ein sozialistisches Deutschland zu schaffen. Das Fehlen einer solchen Partei erleichterte den reaktionären SPD-Führern den Verrat an den Interessen des Proletariats und damit am deutschen Volk.

Auf Grund des Ausbleibens der proletarischen Revolution in Westeuropa unternahmen 14 kapitalistische Staaten unter der Führung der USA und Englands den Versuch, durch eine militärische Intervention den ersten Arbeiter- und Bauernstaat zu zerschlagen. Sie fanden dabei die Unterstützung der russischen Konterrevolution, der Menschewiki und Sozialrevolutionäre wie auch der Trotzkiisten. Dank der glänzenden Politik Lenins und der meisterhaften politischen und militärischen Mitarbeit Stalins gelang es der jungen Sowjetmacht, alle Interventen aus dem Lande zu jagen und die weißgardistischen Verbände restlos zu vernichten. Lenins Politik des Friedens, die alle Hindernisse auf dem Weg des Sowjetvolkes zum friedlichen, sozialistischen Aufbau beseitigte, feierte einen großen Sieg.

#### IV

1922 erzielte die von Lenin geführte friedliche Außenpolitik des Sowjetstaates einen neuen Erfolg, der für die Geschichte des deutschen Volkes von großer Bedeutung war. Nach dem Scheitern aller Pläne, den Sowjetstaat mit militärischer Gewalt zur Kapitulation zu zwingen, versuchten die imperialistischen Räuber das Mittel des wirtschaftlichen Drucks. Aber auch diesen Plan zerschlug die weise Politik Lenins durch den auf seine Initiative mit der deutschen Regierung abgeschlossenen Rapallo-Vertrag. Auf der Basis völliger Gleichberechtigung vereinbarten die Sowjetunion und Deutschland den Abschluß von langjährigen Handelsverträgen. In mehr als zehn Jahren erhielt die deutsche Wirtschaft Milliardenaufträge. Hunderttausende deutsche Arbeiter erhielten durch die Sowjetaufträge, besonders in der Zeit der Weltwirtschaftskrise (1929 bis 1932), Arbeit und Brot.

Diese Periode der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurde durch die antisowjetische Politik Hitlers unterbrochen, durch den räuberischen Aggressionskrieg, den der Hitlerfaschismus begonnen und der dem deutschen Volk die nationale Katastrophe gebracht hatte. Die Umwandlung wirtschaftlich vorteilhafter Beziehungen zwischen gleichberechtigten Staaten in den blutgierigen Raubkrieg der Hitlerfaschisten bezahlte das deutsche Volk mit Millionen Toten und einem durch die faschistische Barbarei geschändeten Ansehen.

Doch die von Lenin und Stalin erzogenen Sowjetvölker kennen nicht das Gefühl der Rache. Die bedingungslose Kapitulation der faschistischen Armeen vor den siegreichen Sowjettruppen beendete den Hitlerkrieg. Die konsequente Friedenspolitik Stalins eröffnete dem deutschen Volk die größte Perspektive in der Umwandlung des imperialistischen Deutschlands in ein Land der Demokratie und des Friedens. Die Politik Stalins fand ihren stärksten Ausdruck in der weitgehendsten Unterstützung bei dem Wiederaufbau einer Friedenswirtschaft, in der Hilfe bei der Demokratisierung des politischen Lebens und der bedingungslosen Anerkennung des Rechtes des deutschen Volkes auf seine natio-

nale Einheit und Gewährung eines Friedensvertrages mit dem sich daraus ergebenden Abzug der Besatzungstruppen.

Die konsequente Friedenspolitik der Sowjetunion begründet sich auf der wissenschaftlichen Erkenntnis Lenins, auf der schöpferischen Entwicklung und Anwendung der Leninschen Lehren. In Stalin fand die Menschheit den genialen Fortsetzer des Werkes Lenins, den meisterhaften Strategen und Taktiker des Kampfes um den Frieden. Die konkreten, faßbaren Resultate der Lenin-Stalinschen Friedenspolitik gegenüber dem deutschen Volk stärken die Kraft des Friedenslagers in Deutschland, überzeugen immer weitere Schichten des Volkes von der Notwendigkeit der Freundschaft mit der Sowjetunion als des besten Unterpfandes des Friedens und einer Zukunft in Glück und Wohlstand.

*„Neues Deutschland“ vom 20. Januar 1952.*

## Unsere Presse — schärfste Waffe der Partei!

Wieder einmal richten sich die Blicke der ganzen Welt auf Deutschland. Der amerikanische Imperialismus fordert die Bezahlung der Westdeutschland aufgezwungenen Lieferungen. Die Herren der Wallstreet verlangen nicht nur Rückzahlung samt Zinsen auf Dollar und Cent, sie verlangen in erster Linie deutsche Divisionen für ihren amerikanischen Krieg. Ihre deutschen Geschäftspartner, die Pferdenges, Abs, Krupp und Dinkelbach, sind völlig einverstanden mit der USA-Politik der Wiederaufrüstung und Remilitarisierung Westdeutschlands. Die Rüstungskonjunktur brachte den westdeutschen Konzernen allein im Jahre 1951 einen Aktienkursgewinn von nahezu 5 Milliarden Mark. Das Vielfache davon versprechen sich die deutschen Rüstungskonzerne von der Aufstellung einer westdeutschen Armee.

Die westdeutsche Bevölkerung, an der Spitze die Arbeiterklasse, beantwortet die Bonner Maßnahmen zur Remilitarisierung mit einem ständig wachsenden Protest. Die Friedenskräfte in Westdeutschland in ihrem Kampf um die Erhaltung des Friedens, zur Verhinderung des Generalvertrages — der nichts anderes als einen Generalkriegspakt darstellt — und zur Verhinderung der Einführung der Wehrpflicht zu unterstützen, ist Sache aller patriotischen Kräfte unseres Volkes.

Unsere Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik besteht darin, in jeder Weise unsere Solidarität mit dem Kampf unserer westdeutschen Landsleute zu bekunden und vor allem unseren Fünfjahrplan des friedlichen Aufbaus im gesteigerten Tempo durchzuführen. Wir beweisen damit vor unserem ganzen Volke, daß wir in der Lage sind, ohne knechtische Verschuldung, gestützt auf unsere eigene Kraft und auf die freundschaftliche Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder, zu Glück und Wohlstand zu gelangen.

Im Kampf um die Herzen und Hirne unseres Volkes für unseren Weg des friedlichen, demokratischen Aufbaus und der festen Freundschaft mit der friedliebenden Welt haben unsere Parteizeitungen eine außerordentliche Bedeutung. „Die Presse ist die schärfste Waffe der Partei“, lehrt uns Lenin. In Anbetracht der großen verantwortlichen Aufgaben, die unsere Partei im nationalen Freiheitskampf unseres Volkes zu lösen hat, gilt es, unsere Presse noch mehr und näher an die Massen heranzubringen.

Vom 15. Februar bis zum 15. März führt unsere Partei deshalb eine Werbekampagne für die Parteizeitungen durch. In den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik sind unsere Parteiorganisationen aufgerufen, für ihre Landeszeitung zu werben. Die Berliner Parteiorganisation wirbt für das „Neue Deutschland“. Die Werbung für die Partei und ihre Presse gehört seit dem Bestehen von Arbeiterorganisationen zu der ersten und ständigen Pflicht eines jeden Parteimitgliedes. Die Zeitungen unserer Partei haben in der Deutschen Demokratischen Republik eine in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nie gekannte Auflagenhöhe erreicht. Mehr als die Hälfte aller Haushalte in der Deutschen Demokratischen Republik haben eine unserer Zeitungen abonniert, wobei es klar ist, daß der Einfluß unserer Presse weit darüber hinausgeht. Es findet ein ständiger Zustrom neuer Abonnenten für unsere Zeitungen statt. Wir sind es gewohnt, uns nicht mit dem Erreichten zu begnügen, sondern ernsthaft zu überprüfen, wie die Arbeit der Parteipresse und die Werbung für sie verbessert werden kann. Was zu ernststen Überlegungen veranlaßt, ist, daß Arbeiter und Angehörige anderer Schichten unserer Bevölkerung unsere Zeitungen auch wieder abbestellen. Darum müssen wir besonders untersuchen, aus welchen Gründen Zeitungsabbestellungen vorgenommen werden.

Die verantwortlichen Aufgaben, die vor unserer Partei stehen, verlangen, daß unsere Presse im Stalinschen Sinne „täglich, stündlich zu der Arbeiterklasse in der ihr verständlichen Sprache spricht“. Die mündliche Agitation, die tägliche Unterhaltung unserer Parteimitglieder untereinander, mit den Sympathisierenden und Parteilosens hat eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Doch das gedruckte Wort kann weder durch mündliche Agitation noch durch den Rundfunk ersetzt werden.



Die Parteimitgliedschaft weiß, daß ohne tägliches Studium unserer Parteizeitung keine systematische Aufklärungsarbeit unter den Massen möglich ist. *Das genügt heute aber nicht mehr. Wir müssen erreichen, daß unsere Zeitungen in jeden Haushalt der Werktätigen kommen und daß sie die Zeitungen unserer Partei als ihre Zeitung, als ihr Organ, als das Sprachrohr jedes ehrlichen und aufbauwilligen, friedliebenden Menschen ansehen.* Zum Unterschied gegenüber der Zeit vor dem ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik besteht für uns keine technische Schwierigkeit mehr, die Zeitungen an die Massen heranzubringen. Die Steigerung der Auflage und die Gewinnung neuer Abonnenten ist deshalb in erster Linie eine Frage der Qualität, des Gesichtes und der Sprache unseres Zentralorgans, der Landeszeitungen und ihrer Kreisseiten. Bei einer kürzlich vorgenommenen Untersuchung über das Verhältnis der verschiedensten Schichten unserer Bevölkerung zu der Parteipresse wurde festgestellt, daß der größte Teil der Bevölkerung unseren Zeitungen keineswegs ablehnend gegenübersteht, aber viele durchaus berechtigte kritische Bemerkungen über unsere Zeitungen gemacht wurden. Zu diesen kritischen Äußerungen gehört in erster Linie die noch immer schwierige Sprache unserer Leitartikel und sonstigen größeren Aufsätze, die nicht genügende Aktualität der Landeszeitungen und die schlechte Berichterstattung über das tägliche Leben in den Dörfern und Städten, in den Betrieben und Schulen, in den städtischen und staatlichen Verwaltungsorganen.

Hieraus erwächst unseren Redaktionen eine sehr ernste Verpflichtung. Wir wissen, mit welchem großem Ernst unsere Redaktionen an der Bewältigung der ihnen gestellten Aufgaben arbeiten und sind auch überzeugt, daß sie sich ernsthaft bemühen werden, ihre Arbeitsmethode zu verbessern, aktueller, konkreter zu werden und eine Sprache zu finden, die dem Verständnis der breitesten Schichten der Bevölkerung angepaßt ist.

Es wäre aber verfehlt zu glauben, daß das allein eine Angelegenheit der Redaktionen wäre. Hier muß die ganze Partei, und zwar nicht nur die Landesleitungen und die Kreisleitungen, auch nicht nur die Leitungen der Betriebs- und Wohngebietsorganisationen, sondern jedes einzelne Mitglied der Partei Helfer unserer Presse werden. Die Genossinnen und Genossen in den Be-

trieben und Verwaltungen, in den Wohnungen und auf der Straße können bei ihrer täglichen Agitationsarbeit sehr schnell feststellen, ob unsere Zeitungen aufklärend wirken, ob sie der mobilisierende Faktor sind und ob die Bevölkerung sich mit Hilfe unserer Zeitungen eine gute und notwendige Orientierung verschafft. Unsere Parteimitglieder und die Parteileitungen dürfen sich heute nicht mehr damit begnügen, gelegentlich auf Sitzungen und Konferenzen die Parteizeitungen zu kritisieren. Die Zeit, in der wir leben, verlangt, daß die Kritik unmittelbar erfolgt und besonders aus den Kreisen der Bevölkerung, der Arbeiter in den Betrieben, der Jugendlichen in den Lehrwerkstätten kommt. Nur so können wir unseren Redaktionen eine wirkliche Hilfe geben. Wir müssen als Forderung aufstellen, daß es keine von der Bevölkerung diskutierte Frage geben darf, über die sie durch unsere Presse keine eindeutige und verständige Auskunft erhält. Wir müssen die Scheu, gewisse Fragen offen zu diskutieren, endlich überwinden. Die Erfahrung zeigt, daß das Schweigen über gewisse Dinge nicht hilft, sondern schädlich ist und wir dem Gegner das Feld überlassen. Die offene Aussprache über Mängel unserer Arbeit, über aufgetretene Mißstände, über unsere wirklichen Schwierigkeiten ist ein sehr entscheidender Faktor zur Erweckung der Initiative der Massen und unentbehrlich für die Gewinnung des Vertrauens des Volkes zur Partei und zur Regierung.

Von unseren Genossen kann sehr schnell festgestellt werden, ob die Bevölkerung die Argumentation unserer Parteipresse richtig versteht und anwendet. Wenn das nicht der Fall ist, müssen unsere Genossen sofort die zuständigen Parteileitungen und die Redaktionen informieren. Auf diese Weise helfen wir den Redaktionen, ihre Fehler zu überwinden, die richtigen Argumente zu erarbeiten und in einer verständlichen Sprache zu schreiben.

Ein typischer Mangel aller unserer Zeitungen ist die ungenügende Erläuterung der Gesetze der Deutschen Demokratischen Republik. Es ist eine Tatsache, daß Saboteure unseres friedlichen Aufbaus und Feinde unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung diese Unkenntnis über unsere demokratischen Gesetze für ihre volksfeindlichen Zwecke mißbrauchen. Die Beseitigung dieses Mangels ist eine Aufgabe, die von den Redaktionen gelöst werden muß, wozu sie aber die konkrete Hilfe der Partei-

mitgliedschaft benötigen. Jede Unklarheit über gesetzliche Maßnahmen muß durch Zuschriften an die Parteipresse bekannt gemacht werden, damit die Zeitungen in der Lage sind, Klarheit in den gesetzlichen Fragen zu schaffen.

Zur Verbesserung des Inhalts und der Sprache unserer Parteizeitungen gehört die Arbeit mit den Volkskorrespondenten. Gewiß ist es uns gelungen, Tausende von Volkskorrespondenten zu gewinnen und zur ständigen Mitarbeit heranzuziehen. Die Hauptredaktionen unserer Zeitungen sind durch ein Netz von Volkskorrespondenten eng mit den wichtigsten Betrieben und Orten verbunden. Aber auch hier gibt es noch viele Mängel zu beseitigen. Zu diesen gehört die häufig wiederkehrende Klage, daß die oft notwendige redaktionelle Überarbeitung der Zuschriften von Korrespondenten in einer Weise erfolgt, die dem Inhalt der Zuschrift nicht mehr gerecht wird. Viele Einsender von Zuschriften werden auf diese Weise verärgert. Hinzu kommt eine durchaus berechtigte Kritik der Betriebsbelegschaften, wenn durch die redaktionelle Bearbeitung der Zuschriften ein verzerrtes Bild über die Verhältnisse entsteht. Da unsere Redaktionen natürlich nicht die Absicht haben, den Inhalt der Zuschriften in ihr Gegenteil zu verkehren, so muß auch hier eine gegenseitige, genossenschaftliche Hilfe eintreten. Das kann nur dadurch geschehen, daß die Mitglieder der betreffenden Parteiorganisation zusammen mit den Kollegen und Kolleginnen eine freundschaftliche Aussprache mit der Redaktion oder ihren Vertretern führen, damit völlige Klarheit geschaffen wird.

Wir müssen berücksichtigen, daß in dem Maße der Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung, der Stärkung des demokratischen Bewußtseins unserer Menschen das gedruckte Wort eine immer größere Bedeutung erhält. Das Ziel unserer ganzen Pressearbeit muß darin bestehen, der gesamten Bevölkerung das Bewußtsein zu verschaffen, daß unsere Presse die Wahrheit berichtet und jede gegenteilige Behauptung in den Bereich der Gerüchte und Verleumdungen gehört. Wir müssen erreichen, daß sich die gesamte Bevölkerung der Argumentation unserer Presse bedient, weil sie sich durch ihre eigenen Erfahrungen davon überzeugen konnte, daß unsere Argumente richtig sind und daß sie den wahren Interessen des gesamten Volkes entsprechen.

Das verlangt von den Redaktionen eine volkstümliche, lebendige Sprache, wahre und klare Behandlung aller Fragen, die im Volke diskutiert werden, eine Argumentation, die überzeugt, und feste, allseitige, ständige Verbindung zur Parteimitgliedschaft.

Das verlangt von allen Parteimitgliedern aufmerksames Lesen der Parteizeitung, schnelle, konkrete Berichterstattung über ihre Erfahrungen bei der Diskussion mit der Bevölkerung an Parteileitung und Redaktion, regelmäßige helfende Kritik und ständige Werbung von neuen Lesern und Abonnenten.

Durch diese gemeinsame Arbeit zwischen Redaktionen und Parteimitgliedschaft wird es uns gelingen, unsere Presse zu einer scharfen Waffe im Kampf um die Erhaltung des Friedens, für die erfolgreiche Erfüllung unseres Fünfjahrplans, für die Wiedergewinnung der Einheit Deutschlands zu schmieden.

*„Neues Deutschland“ vom 9. Februar 1952.*

# Das Volk ist unüberwindlich, wenn es einig ist!

*Aus der Rede im Berliner Glühlampenwerk  
28. Februar 1952*

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Freunde!

Ich danke euch allen für die Begrüßung, die ihr mir zuteil werden liebet, und erwidere sie mit ebenso herzlicher Freude. Als ich vor einigen Tagen die Einladung eures Friedenskomitees bekam, hier im Berliner Glühlampenwerk über die Frage des deutschen Friedensvertrages zu sprechen, habe ich gern zugestimmt. Ich betrachte es immer als eine ehrenvolle Verpflichtung, vor den Arbeiterinnen und Arbeitern, vor der technischen Intelligenz und unserer Jugend die Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik darzulegen. Es ist für jeden verantwortlichen Staatsmann immer von Nutzen, unmittelbar von den Werktätigen zu hören, wie sie die Lage beurteilen, welche Wünsche, Vorschläge, Anregungen der einzelne hat.

Ich möchte an den Beginn meiner Ausführungen der gesamten Belegschaft den Dank der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und den Dank unseres ganzen Volkes stellen für eure erfolgreiche Erfüllung des ersten Jahres unseres großen Fünfjahrplans. Ihr könnt wirklich stolz auf die erreichten Resultate zurückblicken. Die Übererfüllung in der Produktion, in der Steigerung der Arbeitsproduktivität und in der Senkung der Selbstkosten zeugen von einem großen Arbeitsenthusiasmus, zeugen von dem Willen aller Angehörigen des Betriebes, ihre Verpflichtungen gegenüber unserem Volke einzuhalten.

Die übergroße Mehrheit unseres Volkes verlangt einen Friedensvertrag. Das ist eine ganz verständliche Forderung, denn es gibt keinen Menschen in Deutschland, der nicht in irgendeiner Weise die Schrecken des vergangenen Krieges am eigenen Leibe verspürte. Noch heute wissen wir nicht genau, wieviel Tote der letzte Krieg verschlungen hat. Nach vorsichtigen Schätzungen

sind es mindestens die Millionen deutsche Menschen, die im Krieg gefallen sind, die den Bombenangriffen zum Opfer fielen, von den Nazis ermordet wurden oder durch die Bomben für immer verschollen blieben. Die Namen Berlin, die Namen in Hunderten von deutschen Städten und Tausenden von Familien erinnern uns immer wieder an das schreckliche Geschehen des letzten Krieges.

Millionen Deutsche haben auch den ersten Weltkrieg noch in lebhafter Erinnerung. Sie wissen, daß ein halbes Jahr nach den Waffenstillstandsverhandlungen Friedensverhandlungen begannen und neun Monate nach dem Ende des Krieges ein Friedensvertrag abgeschlossen wurde. Nach dem zweiten Weltkrieg sind nun schon fast sieben Jahre vergangen, ohne daß dem deutschen Volk ein Friedensvertrag gewährt wurde.

Das Fehlen eines Friedensvertrages hat sich auf unser Volk in unheilvollster Weise ausgewirkt. Zu diesen Auswirkungen gehörte in erster Linie die Spaltung Deutschlands, das Ausräumen derreißens unserer deutschen Heimat in zwei Teile, und die Spaltung Berlins.

Seit Jahren erinnern die friedliebenden Menschen in Deutschland an das Versprechen im Potsdamer Abkommen, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu bieten,

„zu gegebener Zeit seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Welt einzunehmen“<sup>1</sup>.

Im Potsdamer Abkommen wurde ferner ausdrücklich erklärt, daß nicht die Absicht besteht,

„das deutsche Volk zu vernichten oder zu versklaven“<sup>2</sup>.

Ebenfalls wurde in diesem Abkommen der Grundsatz der Einheit Deutschlands mit den Worten anerkannt:

„Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten.“<sup>3</sup>

Das Potsdamer Abkommen trägt die Unterschrift des Präsidenten der USA, Truman, des Ministerpräsidenten Frankreichs,

<sup>1</sup> „Potsdamer Abkommen und andere Dokumente“, S. 18.

<sup>2</sup> Ebenda.

<sup>3</sup> Ebenda, S. 18.